Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telegr.-Adr.: Volksbote. Telephon-Nr. 1216. Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". Telephon-Nr. 1216.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

№ 95 — Mittwoch, den 25. April 1906 — 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

An unsere Leser!

Als die Lübecker Parteigenossen im Jahre 1893 beschlossen, sich ein eigenes Parteiorgan zu gründen, gingen sie von der Erwägung aus, daß in einer Stadt, mit einer so kräftigen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, wie sie bereits damals hier am Ort bestand, ein Blatt, welches in jeder Weise die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten hat, eine unbedingte Notwendigkeit sei.

Der „Lübecker Volksbote" ist während der Dauer seines Bestehens denn auch stets und mit Erfolg bemüht gewesen, in unerschrockener Weise, ohne Rücksicht auf die Feindschaft des Kapitals und seiner Anwälte, seine Aufgabe zu erfüllen. Die Verfolgungen sind natürlich nicht ausgeblieben, und lange Freiheits- sowie erhebliche Geldstrafen zeugen davon, daß es keine leichte Aufgabe ist, im Klassenstaat furchtlos und unentwegt für die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche des Kapitals einzutreten.

Wenn nun die Lübecker Arbeiterschaft mit Genugtuung auf das bereits Geleistete zurückblicken kann, so ist doch ohne weiteres zuzugeben, daß der „Volksbote" nach mehr als einer Richtung hin der Ausgestaltung bedarf. Diese Ansicht ist denn auch wiederholt in Genossenkreisen zum Ausdruck gekommen, und in den alljährigen Aussprachen der tätigen Genossen spielte sie eine hervorragende Rolle. Stets mußte jedoch die Sache auf sich beruhen bleiben, denn zur Ausführung der gemachten Vorschläge fehlten die nötigen Mittel. Der Abonnementspreis von vierteljährlich 1,60 Mark reichte kaum hin, um unter Beobachtung äußerster Sparsamkeit die Herstellungskosten zu decken. Trotzdem nahm man bisher davon Abstand, eine Erhöhung des Abonnementspreises eintreten zu lassen, so lange es eben ging. Nunmehr stehen wir jedoch vor der unabweisbaren Notwendigkeit, den **Preis des „Volksboten" vom 1. Juli ab auf 2 Mark vierteljährlich** festzusetzen.

Die Versammlung der tätigen Genossen nahm gestern abend folgenden, von den Firmenträgern und der Preßkommission gestellten Antrag mit großer Mehrheit an:

Antrag.

In Erwägung:

I. Daß sich infolge des am 1. März d. J. in Kraft getretenen Zolltarifs schon jetzt eine ganz bedeutende Preissteigerung für alle im Buchdruckereibetrieb erforderlichen Rohmaterialien bemerkbar zu machen beginnt, und

II. auch durch die gleichzeitige Steigerung sämtlicher Lebensbedürfnisse und die voraussichtlich noch in diesem Jahre erfolgende Erhöhung des Buchdrucker-Tarifs eine allgemeine Aufbesserung der bisher gezahlten Löhne unbedingt stattfinden muß,

beantragen Firmenträger und Preßkommission, die Versammlung der tätigen Genossen wolle beschließen:

vom 1. Juli d. J. ab den Abonnementspreis des „Lübecker Volksbote" von 1,60 Mk. auf **2,— Mk.** sowie den Preis der Geschäfts-Inserate von 15 Pf. auf **20 Pfennig** pro Zeile zu erhöhen.

Die Begründung des Antrages ist ja zum großen Teil in demselben schon enthalten; die Erhöhung des Herstellungspreises, die mit tödlicher Sicherheit eintreten wird, würde bei dem gegenwärtigen Abonnementspreise eine erhebliche Unterbilanz für unser Blatt ergeben. Dann ist aber an eine Ausgestaltung desselben überhaupt nicht zu denken.

Es wäre ganz und gar verkehrt, wollten Arbeiter, aus Unmut darüber, daß sie in Zukunft einige Pfennige mehr für ihr Organ ausgeben müssen, dasselbe abbestellen. Wer mehr bezahlt, kann auch mehr verlangen, und selbstverständlich werden alle in Betracht kommenden Faktoren nach Möglichkeit bestrebt sein, den „Volksbote" noch mehr als bisher zu einer wirksamen Waffe im proletarischen Klassenkampf zu gestalten. Zum Kampf gehört Pulver, und daran darf die Arbeiterschaft es nicht fehlen lassen, will sie siegen.

Hinweise auf die Billigkeit bürgerlicher Annonzenblätter und die von denselben gelieferte Masse bedruckten Papiers sind ganz unzutreffend, da die Verhältnisse dort wesentlich anders liegen, als bei dem Kampfblatt der Arbeiter. In ganz Deutschland existiert kein sozialdemokratisches Organ von dem Umfange unseres Blattes zum Preise von 1,60 Mk, für den der „Volksbote" bisher geliefert wurde.

Die Erhöhung des Preises für Geschäftsinserate hat sich schon lange als notwendig erwiesen; da die Inserate gerade in dem weitverbreiteten Arbeiterblatt eines großen Erfolges sicher sind, so darf wohl angenommen werden, daß dadurch der Inseratenmarkt nicht zurückgehen wird, zumal bei einem Ausbau des Blattes sich auch unsere Leserzahl erheblich vermehren dürfte.

Wir richten nunmehr zum Schlusse an unsere Genossen das Ersuchen, recht rege für ihr Organ, den „Lübecker Volksbote", zu agitieren, dann werden die gestern beschlossenen Neuerungen zum Segen für die Arbeiterschaft selbst und ihr Unternehmen dienen.

Vierzig Jahre Kampf um Reichstagsdiäten.

II.

Seit dem Jahre 1871 ist im Deutschen Reichstage der Antrag auf Einführung von Diäten immer wiedergekehrt. Im Jahre 1873 wurden die Abgeordneten wenigstens insoweit entlastet, daß ihnen keine Reisekosten mehr entstehen. Die verbündeten Regierungen gewährten ihnen für die Dauer der Reichstagssession, sowie acht Tage vor Beginn und acht Tage nach Schluß derselben freie Eisenbahnfahrt. Bis zum Jahre 1884 erstreckte sich diese freie Fahrt auf sämtliche deutschen Eisenbahnen, eine Einrichtung, für die der Reichstag mit vollstem Recht geltend machte, daß jeder Abgeordnete als „Vertreter des gesamten Volks" (Art. 29 der Reichsverfassung) wenigstens während der Sitzungsperiode in den Stand gesetzt müsse, sich überall im Reiche persönlich über gewisse Verhältnisse, Institutionen und Vorkommnisse, die bei der Ausübung des Mandats in Betracht kommen, zu informieren, ohne auch noch die Reisekosten dafür aufwenden zu müssen. Im Jahre 1884 aber veranlaßte der Reichskanzler Fürst Bismarck, einem oft an ihm beobachteten Zug kleinlicher Gehässigkeit folgend, die Einschränkung der Freikarten auf die Strecken zwischen dem Wohnort der Abgeordneten und Berlin.

Seit 1871 hat der Reichstag nicht weniger als vierzehnmal mit stets wachsenden Mehrheiten sich für Diäten ausgesprochen. Einig in dieser Forderung waren von jeher die Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei, die Freisinnigen, also die gesamte Linke, und das Zentrum. Zu gleicher Zeit, September 1868, hatten die Sozialdemokraten und die deutsche Volkspartei die Diätenforderung in ihr Programm aufgenommen, während die deutsche Fortschrittspartei sie im Jahre 1878 ihrem Programm einfügte. Sie ist dann in die Programme der späteren freisinnigen Parteibildungen übergegangen. Als der Artikel 32 in der geltenden Fassung 1867 beschlossen worden war, wurde der Bundeskanzler von liberaler Seite darüber befragt, ob nach diesem Artikel auch verboten sei, daß einem Abgeordneten aus privaten Mitteln eine Entschädigung zu teil werde. Bismarck erwiderte ausweichend: die Annahme von Diäten ohne strafgesetzliche Grundlage könne die Regierung nur denen verbieten, denen sie überhaupt zu befehlen habe.

Die Sozialdemokratie traf schon gleich nach ihrem Einzuge in den Reichstag die Einrichtung eines Partei-Diätenfonds, aus welchem ihre Vertreter Tagegelder erhielten. Im Jahre 1881 begann auch die Fortschrittspartei einen solchen Fonds anzusammeln. Gegen diese durch die Verhältnisse gebotene Einrichtung richtete Fürst Bismarck am 9. Mai 1884 im Reichstage einen von niedrigster Gehässigkeit zeugenden Angriff. Er bezeichnete den Diätenfonds als einen „verfassungswidrigen Bestechungsfonds" und scheute alsbald nicht davor zurück, der Staatsanwaltschaft zuzumuten, die Diätenempfänger prozessualisch zu verfolgen. Zu diesem Zweck wurden einige dreißig sozialdemokratische und freisinnige Abgeordnete denunziert. Aber alle Staatsanwälte lehnten es ab, wegen „Bestechung" Strafantrag zu stellen. Da halfen dann mehrere preußische Oberlandesgerichte und das Reichsgericht dem Kanzler aus der Verlegenheit. Die Oberlandesgerichte zu Königsberg und Naumburg vollbrachten, ersteres gegen den freisinnigen Abgeordneten Dierichlet, letzteres gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Hasenclever, das juristische Kunststück, festzustellen, daß Privatdiäten unter die Bestimmung des preußischen Landrechts (Teil I, Titel 16, §§ 172 und 206) fallen, wonach der Fiskus berechtigt ist, den verbotenen Gewinn aus einem „Geschäft", das gegen ein ausdrückliches Verbotsgesetz verstößt, von den Empfängern zurückzufordern. Die sämtlichen beteiligten Landgerichte hatten die Zivilklagen des preußischen Fiskus auf Herauszahlung der empfangenen Diätenbeträge an den Fiskus als unbegründet zurückgewiesen, bis dann schließlich der Fiskus bei den erwähnten beiden Oberlandesgerichten obsiegende Urteile erstritt und diese Urteile vom Reichsgericht bestätigt wurden. Die niedere Gehässigkeit Bismarcks hatte wieder einmal ein „Triumph" errungen. In derselben Zeit aber strich dieser geniale Staatsmann, der im Punkt des Nehmens ja niemals blöde war, die durch Bettelei und Erpressung zusammengebrachte sogenannte „nationale" Millionendotation zu seinem siebzigsten Geburtstage ein! Das ganze Verfahren war teils auf Plünderung der sozialdemokratischen Parteikasse, teils auf Diskreditierung der fortschrittlichen Abgeordneten berechnet. Außerhalb des Gebietes des preußischen Landrechts ist diese Frivolität nicht versucht worden, und innerhalb dieses Gebietes hat sie eine Wiederholung nicht erfahren. Mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch sind die betreffenden Bestimmungen des preußischen Landrechts außer Kraft getreten.

Uebrigens hat die Regierung keine Bedenken getragen, in einigen Fällen einer kleineren Zahl von Reichstagsabgeordneten Diäten zu gewähren. Man zahlte den Abgeordneten, die in den Jahren 1875 und 1876 Mitglieder der Reichsjustizkommission zur Vorberatung der großen Reichsjustizgesetze waren, Entschädigungen. Und im Sommer 1902 brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein zur Gewährung eines Pauschquantums an die Mitglieder der Zolltarifkommission für die Zeit während der Unterbrechung der Plenarverhandlungen des Reichstages. Der Reichstag nahm diesen Gesetzentwurf mit 143 Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der deutschen Volkspartei an. Die Linke ging dabei von der zutreffenden Erwägung aus, daß solche Ausnahmediäten, die als eine Bestätigung der allgemeinen Regel der Diätenlosigkeit anzusehen seien, grundsätzlich nicht zu bewilligen seien.

Immer nachdrücklicher machte im Laufe der Jahre eine das parlamentarische Ansehen schwer schädigende und die Erledigung der parlamentarischen Geschäfte hindernde und erschwerende chronische Beschlußunfähigkeit des Reichstags sich zu Gunsten der Diätenforderung geltend. So oft diese Forderung zur Debatte stand, wurde sie hauptsächlich mit dem Hinweis auf den Zustand der Beschlußunfähigkeit motiviert. Auch der Umstand der stetigen Verlängerung der Sessionen fiel immer schwerer ins Gewicht. Hinzu kam die Mittelstands- und Agrarbewegung. Daß Parteien, die einen entscheidenden Wert darauf legen, Leute des „Mittelstandes", kleine Gewerbetreibende, Handwerker, Bauern in das Parlament zu bringen, sich zu der Diätenforderung bekennen müssen, ist ohne weiteres klar. Die antisemitische Volkspartei nahm 1890 diese Forderung in ihr Programm auf. Ihr folgte der Bund der Landwirte; für ihn war hauptsächlich der Gedanke leitend, an die Stelle der abhängigen Beamten, Landräte etc., die bisher geradezu ein Monopol für ländliche Reichstagskandidaturen besaßen, „echte, stetsnackige Bauern" setzen zu können, die bei der Diätenlosigkeit für die Uebernahme eines Mandats sehr schwer zu haben sind. In den Kreisen der Handwerker und kleinen Kaufleute sprach man immer mehr von der „Notwendigkeit eigener Kandidaturen" und der damit gegebenen Notwendigkeit, Diäten zu gewähren.

Dieser Strömung Rechnung zu tragen, hielten endlich auch die Nationalliberalen für geboten. Im Jahre 1897 bereits stimmte die Mehrheit der nationalliberalen Reichstagsfraktion für Diäten, während ihre Führer, v. Bennigsen, v. Cuny, v. Marquardsen, Dr. Paasche etc., immer noch festhielten an der absurden Bismarckschen Theorie von der „Kompromiß-Treue". In den letzten Jahren haben die Nationalliberalen allesamt ihren Widerstand gegen die Diäten aufgegeben.

Die Konservativen jedoch halten „grundsätzlich" noch fest an der Diätenlosigkeit, wenn sie auch im Hinblick auf die Mittelstands- und Agrarbewegung mit der Zeit etwas vorsichtiger in der Ablehnung geworden sind. In dem unter Mitwirkung der Leitung der konservativen Partei

herausgegebenen „Ratgeber für die Konservativen in Deutschland“ ist zu lesen: „Es ist eine große Bewegung für Diäten im Gange. Die Konservativen verkennen zwar nicht, daß die Diätenbewilligung es eher ermöglichen würde, auch konservative Arbeiter usw. zu wählen; sie erblicken aber in der Diätenlosigkeit ein wesentlich ausgleichendes Moment zum allgemeinen Wahlrecht ... Konservativerseits würde man Diäten nur gegen ein Aequivalent gewähren können.“

Unter diesem „Aequivalent“ ist zu verstehen die Beseitigung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung, wenigstens eine erhebliche Verschlechterung dieses Wahlrechts, so z. B., daß nur derjenige gewählt werden darf, der in dem betreffenden Wahlkreise seinen Wohnsitz hat.

Im Jahre 1900 kam durch einen Antrag Gröber-Bassermann das Wort „Anwesenheitsgelder“ statt Diäten auf. Der Antrag ging dahin: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmitteln freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit bei den Sitzungen des Reichstags Anwesenheitsgelder in Höhe von zwanzig Mark für den Tag. — Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstags in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtages für dieselbe Zeit bezieht.“

Diesem Vorschlage stimmte im wesentlichen die ihn beratende Kommission und schließlich mit 185 gegen 40 konservative Stimmen auch das Plenum des Reichstages zu.

Niemals hat der Bundesrat zu den betreffenden Beschlüssen des Reichstages offiziell Stellung genommen. Persönlich und unverbindlich hat sich der Reichskanzler Bülow in parlamentarischen Kreisen öfter für die Gewährung von Diäten ausgesprochen. Auch andere Bundesratsvertreter, namentlich von süddeutschen Regierungen haben sich persönlich in diesem Sinne geäußert. Aber es ist ja kein Geheimnis geblieben, daß hartnäckiger Widerstand des Kaisers zu überwinden war. Das ist ja nunmehr, wie aus den dem Reichstag vorliegenden Entwurf zu schließen, gelungen, nachdem der Reichstag noch einmal im Januar d. Js. auf Grund von Anträgen des Zentrums-Abgeordneten Graf v. Hompesch und Genossen sowie des Abgeordneten Bassermann mit erdrückender Mehrheit gegen nur einige konservative Stimmen sich für Abänderung des Art. 32 der Reichsverfassung und für Einführung von Anwesenheitsgeldern und freier Eisenbahnfahrt ausgesprochen hat. Diejenigen Konservativen, die den Anträgen zustimmten, taten das nach der Erklärung des Abgeordneten v. Staudy auf Grund der Voraussetzung, „daß bei gleichzeitiger Aenderung der Geschäftsordnung Gewähr dafür geboten wird, daß die Verhandlungen des Reichstages eine wesentliche Abkürzung erfahren.“

Leider hat sich ja die Regierung genötigt gesehen, dieser „Voraussetzung“ zu entsprechen. Was kann von unserer gegenwärtigen Regierung auch gutes kommen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

In Breslau machen wir das so! Die Versammlungsfreiheit ist für Breslau am verflossenen Sonntag aufgehoben worden und zwar durch den Breslauer Polizeipräsidenten Dr. Bienko. Dieser Herr verbot auf Grund des Jahrhunderte alten „Landrechts“ sämtliche öffentlichen Versammlungen, und zwar nicht nur diejenigen, in denen die „Heldentaten“ der Breslauer Polizei ins rechte Licht gerückt werden sollten, sondern auch eine Versammlung, in der ein Vortrag des Genossen Bernstein über die Weltpolitik Deutschlands auf der Tagesordnung stand. Das Gewerkschaftshaus wurde von der Polizei völlig abgesperrt, so daß der Wirt desselben sich am Abend gezwungen sah, das Lokal zu schließen. Eine derartige Polizeiwillkür übertrifft in der Tat alles bisher dagewesene. Die Breslauer und mit ihr die deutsche Arbeiterschaft wird zweifellos den Polizeigewaltigen dadurch die ihnen gebührende Antwort geben, daß sie sich nunmehr noch fester als bisher zusammenschaart zum Kampfe gegen eine Gesellschaftsordnung, in der die Polizei in blinder Wut ohne jedwede Veranlassung gegen wehrlose, fliehende Menschen die Flinte schießen und den Säbel hauen läßt und in der sie weiter das jedem Deutschen gesetzlich gewährleistete Vereins- und Versammlungsrecht einfach aufhebt. Wer noch ein Fünkchen Gerechtigkeitsgefühl besitzt, wer sich nicht völlig zum Sklaven des Polizeistaates herabdegradieren lassen will, der muß sich angesichts der Vorgänge in Breslau offen als Gegner des Klassenstaates, d. h. zur Sozialdemokratie bekennen.

Das Reichsparlament nimmt am heutigen Dienstag seine Tätigkeit nach der Osterpause wieder auf. Es geht noch arbeitsreichen Wochen und Monaten entgegen, denn von den mannigfachen und umfassenden Arbeiten, die ihm seit Sessionsbeginn vorliegen, ist noch keine vollendet. Der Etat konnte zum ordentlichen Termin nicht fertiggestellt werden, die Reichsregierung führt auf Grund eines zweimonatigen Notgesetzes ihre Geschäfte; die dritte Lesung steht noch aus und die endgültige Gestaltung des Reichshaushalts für das Jahr vom 1. April 1906 bis 1. April 1907 ist schließlich abhängig von der Reichsfinanzreform, von der Entscheidung über die Steuervorlagen. Diese Vorlagen stecken noch in der Kommissionsberatung. Die Durchführung der erneuten schweren Belastung des deutschen Volkes ist ja das „Hauptstück“ dieser Session. Die Mehrheitsparteien sind mit der Regierung einig, daß dem Reiche des Militarismus und der Weltpolitik große Neueinnahmen zugänglich gemacht werden sollen, aber über die Einzelheiten der großen Schröpfkur ist man noch nicht einig, und um einig zu werden, bedarf es noch mancherlei Handelns und Feilschens. Lediglich der eine Grundsatz steht wiederum für die Mehrheitsparteien fest, daß die besitzende Klasse nach Möglichkeit geschont und die ganze Last auf einzelne Gewerbekreise geworfen werden soll. Von größeren Gesetzentwürfen ist ferner die Flottennovelle noch in dritter Lesung zu erledigen. Bei dem marinistischen Ueberschwang, der die Bourgeoisie heimsucht, ist über diese Frage kein weiterer Kampf zu erwarten. Die kolossale Erhöhung des Marineetats wird der Regierung bewilligt, nur wie man das Geld aus dem Volke holen soll, ist eben noch die Frage. Sodann sind die Entwürfe über den Servistarif, über Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden und die Novelle über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen zu Ende zu beraten. Der Bericht über das Hilfskassengesetz ist in der Kommission fertiggestellt und man nimmt an, daß das Plenum sich bald mit dieser Vorlage wieder beschäftigen wird. Die Militärpensionsgesetze dagegen stecken noch in der Budgetkommission, wo ihre Durchberatung noch einige Mühe kosten wird, obschon auch in dieser Frage Regierung und Zentrum sich bereits hinter den Kulissen verständigt haben dürfen, wie ja der Bund zwischen der Regierung und der regierenden Partei ein immer innigerer wird. Dazu kommt noch eine ganze Anzahl anderer Gesetzentwürfe, wie derjenige über die sogen. Diätenvorlage, über den Urheberschutz für Werke der bildenden Kunst und der Photographie, die nicht geringe Mühe und Zeitaufwand verursachen werden. Kurzum, in Hülle und Fülle erwartet gesetzgeberische Arbeit den wieder zusammentretenden Reichstag. Es ist noch gar nicht abzusehen, wie die ganze Arbeit erledigt werden soll. Wohl rechnet man bereits mit einer Vertagung der Session über Sommer hinaus, damit die nicht fertig werdenden Arbeiten nicht gänzlich verloren gehen. Aber um auch nur das Dringlichste zu besorgen, was die Fortführung der Reichsgeschäfte benötigt, wird der Reichstag in der Zeit bis Pfingsten auf das angespannteste tätig sein müssen.

Heraufsetzung des Wahlberechtigungsalters. Um der „drohenden Ueberflutung des Reichstages durch die Sozialdemokratie“ einigermaßen vorzubeugen, sind von den Reaktionären die mannigfachsten Vorschläge gemacht worden. Unter anderem wurde auch vorgeschlagen, das Wahlberechtigungsalter vom fünfundzwanzigsten auf das dreißigste Lebensjahr heraufzusetzen. Das Organ des Bundes der Landwirte sieht sich diesen „Reform-Vorschlag“ recht nüchtern an und meint: „Auf den ersten Blick hat ja der Gedanke manches für sich, da die jungen Leute vielfach noch nicht die nötige politische Einsicht und das erforderliche Verantwortungsbewußtsein besitzen und so der Sozialdemokratie leicht anheimfallen. Manche glauben deshalb, daß man mit der Heraufsetzung des Wahlberechtigungsalters der Sozialdemokratie bei den Wahlen erheblichen Abbruch tun, ja eine empfindliche Niederlage beibringen könnte. Es ist ja möglich, daß ein Mann, der in der Jugend ein rabiater Genosse ist, später zur Vernunft kommt; andererseits kommt es aber auch vor, daß macher, der mit 25 Jahren noch unter der Nachwirkung der Militärzeit national wählt, später zur Sozialdemokratie übergeht. Das fünfundzwanzigste Lebensjahr hat aber deshalb etwas für sich, weil es einen tatsächlichen Lebensabschnitt bedeutet. Die Militärzeit ist vorüber, bei den sogenannten Gebildeten ist das Studium zum Abschluß gekommen, und die meisten gründen zwischen dem fünfundzwanzigsten und dem dreißigsten Lebensjahre den eigenen Hausstand. Grundsätzliche Gegner der Heraufsetzung des Wahlberechtigungsalters sind wir keineswegs, glauben aber nicht, daß sie ihren Zweck, den Reichstag dauernd vor der sozialdemokratischen Ueberflutung zu schützen, erfüllen wird, um so weniger, als es Leute geben soll, die selbst im 30. Lebensjahre, ja im Schwabenalter, noch nicht politisch vernünftig werden.“ — Danach begreift sich die „politische Vernunft“ für die Arbeiter in der Abwendung von der Sozialdemokratie. Nach Meinung der „Ordnungsparteiler“. In Wahrheit liegt die Sache so, daß die Arbeiter zur Sozialdemokratie kommen, sobald sie zum Klassenbewußtsein, d. zur politischen Vernunft, erwachen. Das geschieht bei einem früher, bei anderen später. Tatsache ist, daß in allen sozialdemokratischen Organisationen die mittleren Altersstufen die Masse der Mitglieder stellen. Die Heraufsetzung der Altersgrenze für die Wahlberechtigung würde also das Sehnen der „Ordnungsparteiler“ sicher nicht erfüllen. Trotzdem ist gegen solche Maßnahmen schon des beabsichtigten Zweckes wegen entschieden Einspruch zu erheben.

Jährlich 22 000 in's Gefängnis. Gegen die Errichtung von Strafkolonien zur Deportation von Verbrechern sprach sich in der Generalversammlung des Vereins zur Besserung zur Besserung Strafgefangener der Leiter des preußischen Gefängniswesens, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Krohne aus. Er führte für seine Ansicht folgende Gründe in's Feld: 1. Das Klima der deutschen Schutzgebiete eigne sich nicht zur Anlage von Verbrecherkolonien. 2. Die zur Bewirtschaftung geeigneten Teile der deutschen Besitzungen müßten ehrenhaften Ansiedlern vorbehalten bleiben. 3. Solange der deutsche Besitz im Kolonialgebiet durch Aufstände der Eingeborenen gefährdet werde, verbiete sich jede Deportation zweifelhafter Elemente von selbst. 4. Die Errichtung von Strafkolonien auf den deutschen Inseln in der Südsee sei schon durch die bei deren Erwerbung getroffenen Vereinbarungen ausgeschlossen. 5. Die Kosten der Errichtung und Bewachung der Strafkolonien sowie des Transportes der Verbrecher in das Deportationsgebiet würden sehr hoch sein. Die strafmündige Bevölkerung Deutschlands beziffert sich auf etwa 40 Millionen Menschen, davon werden jährlich ungefähr 13000 Personen zu Gefängnisstrafen, 9000 zu Zuchthaus verurteilt. Da Deutschland weder ein zweites Cayenne noch ein zweites Sibirien schaffen wolle, müsse es mit seinen Verbrechern wie bisher im eigenen Lande fertig zu werden suchen.“ — Daß jährlich 22000 Menschen der Freiheit entzogen werden, genügt denen immer noch nicht, die selber in ihrer Sattheit den Strafrichter nicht zu fürchten brauchen.

Wie gnädig! Dem wegen Zeugnisverweigerung in der Sache der Kekule-Depesche zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilten Redakteur Stärcke hat der Fürst von Lippe die Strafe erlassen. Das Verfahren gegen Unbekannt, das zu einer zweimaligen Zwangshaft des genannten Redakteurs führte, ist eingestellt worden.

Ueber den Cousinen-Jesko erhält der Karlsruher „Volksfreund“ von einem nicht mehr im Dienst befindlichen Juristen folgende Zuschrift: „Im Wintersemester 1879/80 studierte Puttkamer in Straßburg (oder Freiburg?). Er scheint schon damals ein großes Faible für hübsche Cousinen gehabt zu haben. Als seine Mutter ihn besuchte, soll sie ein reizendes Familienidyll gesehen haben: Jesko mit einer reizenden „Cousine“ zusammenlebend, in der Wiege ein lieb liches Liebespfand, von Jesko zärtlich gewiegt. Er wurde nun weit weg von der „Cousine“ nach Königsberg i. Pr. geschickt und hier von dem bekannten Pandektisten Professor Selkowski zum Referendarexamen vorbereitet; in Königsberg sprach man von „einpauken“. Das Examen bestand er mit Hängen und Würgen vor der Fortenkommission, etwa August 1881. Er wußte nicht einmal, wann der westfälische Frieden gewesen ist; wieviel mag er wohl von dessen Bestimmungen gewußt haben?! Er hat bis etwa 1. März 1882 bei verschiedenen Amtsgerichten gearbeitet, dann wurde er nach Berlin versetzt. Im Februar 1882 habe ich selbst mit ihm bei einer Amtsgerichtsabteilung zusammen gearbeitet. Er erschien aber selten. Einige Monate später hörte ich, er hätte die Justiz verlassen und bilde sich zum Kunstmaler aus. In Königsberg war er als ein großer Schuldenmacher bei allen Bierkneipen und Kellnern bekannt. Uebrigens war er ein Mann von gewandtem, sicherem Auftreten, der den Eindruck eines intelligenten Menschen machte.“ — Die Streiche Jeskos kommen auf sein eigenes Konto. Merkwürdig und seltsam erscheint nur Jeskos Karriere. Trotz seiner „Abenteuer“ zum absoluten Herrn über Kamerun avanciert. Wenn das Mensch — „Glück“ hat . . .

„Bücher haben ihre Schicksale.“ Das Schöffengericht in Berlin verhandelte am Sonnabend in der Privatklage des Regierungsrats Rudolf Martin gegen den Leiter des Karl Heymannschen Verlags, Kreyenberg, wegen Beleidigung durch eine in der Zeitung „Die Post“ veröffentlichte Erklärung des Verlags in Sachen des Martinschen Buches „Ueber die Zukunft Rußlands und Japans“, ferner durch einen Brief an Martin und einen Brief an das Reichsamt des Innern. Wegen der Erklärung in der „Post“ wurde Kreyenberg freigesprochen, hingegen wegen Beleidigung durch beide Briefe zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Verlag hatte dem Regierungsrat Martin „Verletzung von Treu und Glauben“ vorgeworfen und in dem Briefe an das Reichsamt des Innern bedauert, sich durch Herausgabe des Martinschen Buches „das Mißfallen der Behörde zugezogen“ zu haben! Die Verletzung von Treu und Glauben soll darin bestehen, daß Martin nach Angabe des Verlags wider die Wahrheit erklärt habe, der Heymannsche Verlag sei der erste, dem er sein Buch anbiete. Die Vertreter des Verlags hätten ferner Herrn Regierungsrat Martin die Vorfrage gestellt, ob in dem Buche auch nichts enthalten sei, was gegen das Standesinteresse verstoße, und diese Frage sei entschieden verneint worden, wobei der Privatkläger auf seine Stellung als kaiserlicher Regierungsrat hingewiesen habe. Eine Frage des Vertreters des Klägers an den Angeklagten ging dahin: ob auf ihn nicht durch Dritte, insbesondere aus dem Reichsamt des Innern, Einflüsse im Interesse der Lösung des Verlagsvertrages geltend gemacht worden seien und ob nicht von seiten des Grafen Posadowsky oder des Unterstaatssekretärs Wermuth ihm die Lösung des Vertrags nahegelegt worden sei, widrigenfalls die amtlichen Verbindungen mit ihm gelöst würden. Der Angeklagte lehnte zunächst eine Antwort darauf ab, erklärte dann aber auf weiteren Vorhalt, daß vom Reichsamt des Innern keinerlei Beeinflussung stattgefunden habe und nur der Vorstand des Beamtenvereins ihm die Lösung des Verlagsvertrags nahegelegt habe. Des Klägers Vertreter meinte, der Vorsteher des Vereins sei der Unterstaatssekretär Wermuth; der Angeklagte verweigerte hierüber die Aussage.

Zur Reichstags-Ersatzwahl in Hannover-Linden wird dem „H. E.“ von dort geschrieben: Mit der Festsetzung des Wahltermins ist das Signal zur Eröffnung des Wahlkampfes gegeben, der ganz selbstverständlich mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie enden wird. Der Aufmarsch der Parteien wird jedenfalls derselbe sein, wie 1903. Seitens der Welfen ist der Kandidat Rechtsanwalt von Damenberg bereits wieder aufgestellt, die Nationalliberalen nehmen am nächsten Freitag Stellung zur Kandidatenfrage, während die Mittelstandsvereinigung, um sich nicht zu blamieren, verkünden läßt, daß sie einen Kandidaten nicht aufstellen will. Im vergangenen Jahre ließen die Freisinnigen von sich hören, daß sie in Zukunft hier in Hannover den Wahlkampf „energischer“ betreiben wollen, ob aber der „Skatklub Eugen Richter“, wie man hierzulande die Organisation der Freisinnigen nennt, überhaupt sich aus seinem Versteck herauswagen wird, bleibt abzuwarten. Auch vom Zentrum, das sich 1903 erstmalig in Hannover an der Wahl beteiligte, verlautet noch nichts. Der sozialdemokratische Verein wird am Sonnabend die Aufstellung des Kandidaten vornehmen. Vom Vorstande des Vereins ist in Gemeinschaft mit den Bezirksführern der Genosse August Brey in Vorschlag gebracht worden und wird diese Kandidatur jedenfalls auch von den Genossen akzeptiert werden. Brey ist Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, der seinen Sitz in Hannover hat. Unsere Gegner haben große Rosinen im Sack; vor allem die Nationalliberalen träumen von einer Stichwahl, bei der sie noch obendrein sich dem Wahne hingeben, daß sie selbst mit in die Stichwahl kommen. Bei früheren Wahlen hofften sie immer auf die Nichtwähler. Es scheint, daß sie sich mit dieser Hoffnung nicht wieder lächerlich machen wollen und so bauen sie diesmal auf den sozialdemokratischen Stimmenrückgang bei Nachwahlen und die „Meisterlegende“. Vor einigen Tagen schrieb der „Hann. Cour.“:

> Bisher haben alle Nachwahlen einen stellenweise sehr bedeutenden Rückgang der sozialdemokratischen Stimmenzahl gezeitigt. Für Hannover-Linden kommt hinzu, daß es für die Sozialdemokratie nicht leicht sein wird, an Stelle des bei seinen Wählern sehr beliebt gewesenen Meister einen ebenso zugkräftigen Kandidaten zu finden. Den Nationalliberalen muß es natürlich unbedingte Pflicht sein, Mann für Mann zur Urne zu kommen, damit eine etwa nötig werdende Stichwahl den Nationalliberalen den Sozialdemokraten gegenüber findet.

Daß Meister bei den Wählern sehr beliebt gewesen ist, ist richtig, daß aber Meister deshalb als „zugkräftiger Kandidat“ die hohe Stimmenzahl auf sich vereinigte, ist nationalliberaler Humbug und sieht einer Schändung des Andenkens unseres toten Genossen sehr ähnlich. Gerade die Wahl am 22. Juni wird die Legende, daß die sozialdemokratischen Stimmen nur für „beliebte Personen“, nicht aber für die Partei abgegeben werden, gründlich zerstören. Schon die ganze Entwicklung der Partei in Hannover hätte die Nationalliberalen eines besseren belehren können. Meister hat seines Leidens wegen in den letzten zwei Jahren leider nicht mehr reden können, trotzdem ist aber die Mitgliederzahl der

sozialdemokratischen Vereins für den 8. Wahlkreis seit dem 21 Januar um nahezu 4000 gestiegen, sie beträgt jetzt 6800. Ganz anders steht es natürlich bei den Nationalliberalen. Die haben in diesem Jahre noch nichts weiter getan, als Bettelbriefe versandt und darin gebeten, ein Opfer zu bringen, um die 10000 Mark Wahlschulden von 1903 zu decken! Wie großartig dieses Gewerbe von der Partei der Geldsäcke betrieben wird, erhellt daraus, daß ein vom Januar datierter Bettelbrief eine Nummer unter 200 trug, im März war die laufende Nummer der Briefe schon über 6000! Die Partei der Ideale! — — Der politischen Charakterlosigkeit setzten die Nationalliberalen aber die Krone auf dadurch, daß sie an den Wahlverein der welfischen Partei das Ansinnen stellten, mit den Nationalliberalen gegen andere Partei gemeinsame Sache zu machen. Es müsse „allen Wählern, die auf dem Boden der bürgerlichen Parteien stehen, daran gelegen sein, die besonderen Parteiinteressen hintanzusetzen und sich zur gemeinsamen Abwehr zu vereinigen". Die Welfen lehnten dieses Ansinnen ab und überließen es den Nationalliberalen, für den welfischen Kandidaten, „den Vertreter einer bürgerlichen, monarchischen und antirevolutionären Partei", einzutreten. Ob dieser Absage bringt es das „Niedersächsische Wochenblatt", das nationalliberales Parteiorgan, nun fertig, die Welfen als „Bundesbrüder" der Sozialdemokratie zu bezeichnen. Und das geschieht von denselben Nationalliberalen, für die in Hameln-Springe die Welfen den Ausschlag gaben! Damals attestierten die Nationalliberalen den Welfen in einem Flugblatt, daß deren „feste Grundsätze" sie „abgrundtief von der Sozialdemokratie trennen". Und eine solche Partei will die Führung aller Bürgerlichen gegen uns mit Erfolg übernehmen?! Allerdings, Parteigrundsätze hätten die Nationalliberalen bei gemeinsamem Vorgehen mit den Welfen nicht „hintanzusetzen". Die Nationalliberalen werden sich jedenfalls noch der Hilfe des Reichsverbandes versichern, um einen dieser Partei würdigen Verleumdungsfeldzug gegen unsere Partei zu eröffnen. Die Sozialdemokratie, die 1903 in Hannover fast dreimal soviel Stimmen erhalten als dieses Monstrum von nationalliberaler Partei, wird den Nationalliberalen am 22 Juni einen gehörigen Denkzettel verabfolgen.

Rußland.

Ohne Metzeleien ist, wie nunmehr feststeht, diesmal das russische Osterfest verlaufen. Aus Petersburg wird offiziös gemeldet: Israeliten aus allen Gegenden Rußlands haben dem Ministerpräsidenten Grafen Witte ihren Dank dafür zum Ausdruck gebracht, daß dank den von ihm getroffenen tatkräftigen Maßnahmen während des Osterfestes es zu keinen gegen die Juden gerichteten Handlungen gekommen ist, während in früheren Zeiten, als Rußland sich der Ruhe erfreute, die Osterfeiertage sich stets durch Gewalttätigkeiten gegen die Juden kennzeichneten. Graf Witte hat sich offen als Verteidiger der Israeliten erklärt. Nach Nachrichten, die aus offiziellen Quellen geschöpft sind, ist nirgends eine antisemitische Bewegung zu befürchten. — Aus der Tatsache, daß es diesmal während des russischen Osterfestes nicht zu Gewalttätigkeiten gekommen ist, geht zweierlei hervor. Erstens: die russische Regierung ist stark genug, um Judenmetzeleien zu verhindern, wenn sie will. Zweitens: die russische Regierung hat die Greuel von Kischinew, Gomel, Odessa nicht verhindern wollen, sie also geduldet und indirekt veranlaßt. Sie ist also für diese Schandtaten verantwortlich vor der gesamten gesitteten Welt.

Beruhigungstelegramme sind jetzt, da der Riesenpump effektuiert werden soll, an der Tagesordnung. So wird folgende offiziöse Depesche verbreitet: Man hatte Unruhen der Landbevölkerung angekündigt, die bei Beginn der Feldarbeiten im Frühling ausbrechen sollten. Im ganzen Reiche herrscht aber vollständige Ruhe. Die Petersburger Telegraphen-Agentur hat sich an maßgebende Persönlichkeiten gewandt, um Aufschluß über die Möglichkeit von Unruhen zu erhalten. Sie hat die Auskunft erhalten, daß jede Möglichkeit von Agrarunruhen ausgeschlossen ist. Die Truppen sind an verschiedenen Orten des Reiches bedeutend verstärkt worden im Vergleich zum Dezember 1905. Abgesehen davon, daß Truppen aus dem äußersten Osten zurückgekehrt sind, ist die Armee auch durch Rekruten verstärkt worden, die schon die nötige Ausbildung erhalten haben, wenn die Reservisten zur Entlassung kommen. Die Polizei ist den jetzigen Verhältnissen entsprechend vollständig militärisch organisiert und durch 55000 Mann verstärkt worden. Eine neue Verteilung der ganzen Armee über alle Distrikte des Reiches ist durch eine Sonderkommission unter dem Vorsitz des Grafen Witte erfolgt, um die Truppen nach Orten zu verlegen oder dort zu verstärken, wo irgend welche Möglichkeit von Unruhen bestand. Infolgedessen glaubt man versichern zu können, daß Agrarunruhen von irgend welcher Bedeutung jetzt tatsächlich unmöglich sind. Anderseits deuten alle Tatsachen darauf hin, daß die Haltung der Bauern vollkommen friedlich ist und daß die Bauern eine Besserung ihres Loses ruhig auf gesetzlichem Wege erwarten. — Was der Wunsch der Regierung ist, das läßt die Depesche erkennen; aber ob die Bauern durch ihre Haltung diesen Wunsch erfüllen werden, bleibt abzuwarten.

Die Kriegsgerichte an der Arbeit. Das Kriegsgericht in Lodz verurteilte 7 Unteroffiziere des Jekaterinburgschen Infanterieregiments wegen Meuterei zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und 27 Mann zu Zwangsarbeit bis zu 15 Jahren.

Bulgarien.

König spielen möchte Ferdinand von Koburg, Herrscher Bulgariens. Er schickt seinen Minister Petrow auf eine Rundreise zu den „Mächten", um, wie die offiziöse Meldung sich diplomatisch ausdrückt, „vitale Interessen des Fürstentums" und „hochwichtige politische Fragen" zur Erörterung und Klärung zu bringen. In Wirklichkeit handelt es sich darum, die Genehmigung der „Mächte" einzuholen dazu, daß Bulgarien aus dem nominellen Vasallenverhältnis zur Türkei losgelöst und als unabhängig erklärt, und daß dem Fürsten Ferdinand eine Rangerhöhung zum König gestattet wird. — Dem bulgarischen Volk kann zwar der Firlefanz sehr gleichgiltig sein, aber die Kosten muß es doch bezahlen.

Schweiz.

Die sozialdemokratische Partei beschloß, gegen das in der letzten Session von der Bundesversammlung angenommene Gesetz zur Ergänzung des Bundesstrafrechts, das Anarchistengesetz, das Referendum zu ergreifen. Die Referendumsfrist läuft am 3. Juli ab. — Hoffentlich führt die Referendumsbewegung nicht wieder zu der Uneinheit und Gleichgiltigkeit der einzelnen politischen Parteiorganisationen, was in letzter Zeit bedauerlicherweise bei wichtigen Fragen der Fall war.

Erdbeben in Kalifornien.

In San Franzisko brach Montag in den ersten Morgenstunden, nördlich des Fährhauses von neuem Feuer aus. Wie dem „Hy. Corr." telegraphiert wird, brennen die Kaufläden nördlich des Fährhauses heftig und bilden eine große Gefahr, da das Feuer sich einen Weg durch die Docks zu bahnen und das große Fährhaus zu erreichen droht. Abgesehen von diesem Brande ist täglich eine Besserung der Verhältnisse in San Franzisko festzustellen. Nur Wasser ist noch knapp. Licht und Feuer anzuzünden ist verboten, weil alle Schornsteine beschädigt sind. Der Verkauf von Schnaps ist ebenfalls untersagt und wird er konfisziert, wo er vorgefunden wird.

Weiterhin wird noch gemeldet: Die Gesamtzahl der bis Sonntag geborgenen Leichen beträgt gegen 500. Ein genauer Ueberblick über die Verluste an Menschenleben ist noch immer nicht möglich. Der Sachschaden wird jetzt von Versicherungsfachleuten auf 300 Millionen Dollars angegeben, wovon die Versicherungsgesellschaften etwa 175 Millionen dürften zu tragen haben. Zahlreiche Arbeiter sind mit dem Aufräumen von Trümmern und der Wiederherstellung der Kanalisations-, Gas- und Wasserleitung beschäftigt, — die ersten Anzeichen des Wiedererstehens der Stadt. Zur Besserung der Gesundheitsverhältnisse werden die kräftigsten Maßnahmen getroffen. Der Gesundheitszustand unter den obdachlos Gewordenen ist bemerkenswert gut. Die Gefahr einer Hungersnot ist dank der großartigen Hilfeleistung vorüber. Die Besichtigung der vom Brande heimgesuchten Straßen ergab, daß die aus Stahl gebauten Häuser, darunter das große Haus des Blattes „Call" fast unversehrt stehengeblieben sind. Man hoff, einige derselben unverzüglich wieder in Stand setzen zu können.

Große Verluste an Kunstschätzen haben das Erdbeben und die Feuersbrunst in San Franzisko verursacht. Unersetzlich ist der Schaden, der durch die Zerstörung der Huntington Galerie entstanden ist, die der verstorbene Eisenbahnmagnat Collis P. Huntington angelegt und die er dem Metropolitan-Museum in Newyork vermacht hatte. Ebenso ist die berühmte Sutro Bibliothek total vernichtet. Der verstorbene Adolph Sutro hatte im Laufe der Jahre eine Bibliothek von 225000 Bänden zusammengebracht, in der sich namentlich eine große Anzahl alter Manuskripte aus bayerischen Klöstern, eine vollständige Kollektion von Shakespeare-Folios, Gutenberg und Caxton-Drucke, alte hebräische Schriftrollen, Bände deutscher, englischer und französischer Zeitungen aus dem 18 Jahrhundert usw. befanden. Infolge des Sutroschen Erbschaftsprozesses ist kein Katalog dieser Bibliothek vorhanden, so daß man noch nicht einmal weiß, was alles vernichtet worden ist.

Zwei Erderschütterungen wurden um 1 Uhr in Grant Paß (Oregon) und Glendale (Montana) verspürt. Die Gebäude gerieten ins Wanken und die Bewohner flüchteten ins Freie, doch wurde kein nennenswerter Schaden angerichtet.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 24 April.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Maßregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplatz ist seitens der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Zimmerer die Sperre verhängt wegen Nichtanerkennung des hierorts zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Arbeitsvertrages.

Achtung, Kutscher! Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Kutscher nicht bewilligt: E. Ewers, Lachswehr-Allee 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgeklärter Kutscher darf in demselben Arbeit annehmen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern nach Schwartau, Pansdorf und Riendorf a. O. ist fernzuhalten, da dort ein Streik ausgebrochen ist.

Rüstet zum 1. Mai!

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Weltfeiertage des Proletariats, dem 1. Mai. An diesem Tage demonstriert das Proletariat für seine Klassenforderungen:

Den Achtstundentag,
für den Ausbau der Sozialgesetzgebung,
gegen den volksausraubenden Militarismus,
für den Völkerfrieden,
gegen die kapitalistische Ausbeutung und Tyrannei in jeder Form.

Die Beschlüsse der internationalen Kongresse und deutschen Parteitage gehen dahin, daß die würdigste Feier des 1. Mai die Arbeitsruhe ist. Auch der Jenaer Parteitag macht es den Genossen zur Pflicht, dort, wo schwere Schädigungen der Arbeiter durch Arbeitsruhe nicht zu erwarten sind, die Arbeit ruhen zu lassen.

Zur Maifeier. Das Polizeiamt hat seine Genehmigung dazu gegeben, daß der diesjährige Maifestzug sich vom Falkenplatz nach dem Tiergarten bewegt und hat dazu folgende Vorschriften erlassen:

Auf den Antrag vom 15. d. Mts gestattet das Polizeiamt dem Sozialdemokratischen Verein, den Gewerkschaften und verschiedenen anderen Vereinen am Dienstag, den 1. Mai d. J., nachmittags 2 Uhr, einen Ausmarsch mit Musik und Fahnen vom Falkenplatz nach dem Tiergarten an der Arnimstraße zu veranstalten.

Für den Hinmarsch wird der Weg: Falkenstraße, Roeckstraße, Arnimstraße vorgeschrieben.

Der Hinmarsch der einzelnen Vereine und Gewerkschaften nach dem Sammelplatze hat ohne Musik und unter Vermeidung der Breite- und Sandstraße zu erfolgen. Zur Vermeidung von Verkehrsstörungen haben die einzelnen Gewerkschaften und Vereine größere Abstände von einander zu halten.

Die Teilnahme schulpflichtiger Kinder an dem Ausmarsch in besonderem geschlossenen Zuge ist verboten. Ebenso ist die Mitführung roter Fahnen oder Banner, roter Schärpen oder sonstiger Embleme und Abzeichen, welche dem Ausmarsche das Gepräge einer sozialdemokratischen Demonstration geben könnten, untersagt.

Fuhrwerken und der Straßenbahn ist überall soviel Raum zu geben, daß sie unbehindert vorbeifahren können.

Es sind in ausreichender Zahl Zugführer zu bestimmen und durch Abzeichen kenntlich zu machen, welche auf dem Sammelplatze und auf dem Marsche dafür zu sorgen haben, daß der allgemeine Verkehr nicht gestört wird.

Auf dem Festplatze ist in ausreichender Weise für getrennte Bedürfnisanstalten Sorge zu tragen.

Diese Bestimmungen entsprechen denen früherer Jahre; wie damals besteht noch in den maßgebenden Kreisen eine gewisse Rotscheu, die ja in den vorstehenden Anordnungen ihren Ausdruck findet. Kann denn auch die sturmerprobte Fahne des Sozialdemokratischen Vereins in diesem Jahre dem Festzuge nicht vorangetragen werden, so muß die Zahl derjenigen um so größer werden, die auch ohne ihr Wahrzeichen beweisen, daß sie zur roten Fahne schwören. Deshalb, Genossen, beteiligt Euch einmütig an der Maifeier und bekundet dadurch Euren Willen, der dahin geht, für die Arbeiterschaft eine bessere Zukunft zu erringen.

Arbeiterrisiko. Die Arbeiterin Frau Frick, welche auf den Lubeca-Werken tätig ist, war am Freitag damit beschäftigt, Dosen, die gelötet werden sollten, mittelst Benzin abzuputzen. Dazu hatte sie ihre Hände mit Lappen bewickelt. Frau Frick muß wohl einer Flamme zu nahe gekommen sein, denn plötzlich brannten die um die Hände gewickelten Lappen und verletzten die Arbeiterin an den Händen und im Gesicht, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Die Maler in Helsingfors teilen mit, daß sie in den Streik eingetreten sind und daß ihre Meister beabsichtigen, die Malerarbeiten an den Schiffen in Lübeck bewerkstelligen zu lassen. Wir nehmen an, daß kein rechtlich denkender Lübecker Malergehülfe sich dazu hergeben wird, diese Streikbrecherarbeit auszuführen.

Zwischen den hiesigen Drogisten und den Apothekern ist nach Meldungen bürgerlicher Blätter ein Kampf ausgebrochen, der sich jetzt in Zeitungsartikeln Luft zu machen sucht. Die Ursache ist darin zu suchen, daß 24 Drogisten beim Polizeiamt angezeigt worden sind, gegen die Verordnung betr. den Verkehr mit Arzneimitteln verstoßen zu haben, indem sie als Drogen auch Brusttee, Brustpulver, Zugpflaster usw. verkauften, ohne dabei den Käufern zu sagen, daß sie diese Mittel nicht als Heilmittel zur Beseitigung von Krankheiten abgeben dürfen. Diese Anzeigen sollen nach Angabe der Drogisten von hiesigen Apothekern bewirkt sein, die durch Waschfrauen oder andere Bedienstete die betr. Mittel bei den Drogisten fordern ließen. Die Drogisten haben sich nun zu einem Verein zusammengeschlossen, um mit allen zulässigen Mitteln der Wiederholung derartiger Vorkommnisse vorzubeugen. Man bringt das Vorgehen der Apotheker damit in Verbindung, daß angeblich eine Reihe von Apothekern hier unrentabel ist, trotz des enormen Kostenaufschlages, mit dem die Arzneien in den Apotheken verkauft werden.

Bevölkerungsbewegung im Monat März 1906. Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den ganzen Lübeckischen Staat unter Zugrundelegung der Meldungen der 12 Standesämter (Stadt Lübeck und 11 ländliche Standesämter). Die Zahl der Eheschließungen betrug 53 gegen 53 im Vormonat (38 im März 1905). Lebendgeburten erfolgten 263 gegen 237 im Vormonat (261 im März 1905). Unehelich geboren wurden 19, totgeboren 3 Kinder. Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 136 gegen 123 im Vormonat (161 im März 1905). Der Geburtenüberschuß berechnete sich hiernach auf 125 gegen 114 im Vormonat (100 im März 1905). In den Monaten Januar bis März belief sich die Zahl der Eheschließungen auf 152 (gegen 139 im gleichen Zeitraum des Vorjahres), der Lebendgeburten auf 767 (780), der Sterbefälle auf 400 (548), der Geburtenüberschuß auf 367 (232).

Handelsregister. Am 23. April 1906 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Lorenz u. Schmidt in Hamburg, Zweigniederlassung in Lübeck: Die hiesige Zweigniederlassung ist aufgehoben. 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Strack u. Ewers in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter, der Senator und Kaufmann J. P. L. Strack in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

Hinsichtlich der Mitnahme von Reisegepäck in die Abteile haben die Eisenbahndirektionen folgende Bestimmungen getroffen: Neuerdings ist wiederholt beobachtet worden, daß einzelne Reisende Gepäckstücke über den zulässigen Umfang in die Personenwagen mitnehmen und dadurch die Mitreisenden öfters in unangenehmer Weise belästigen und in der Wahl ihrer Plätze beeinträchtigen. Wir nehmen deshalb wiederholt Veranlassung, die Stations- und Fahrbeamten darauf aufmerksam zu machen, daß nur kleine, leicht tragbare Gegenstände, sofern sie die Mitreisenden nicht durch Geruch oder auf andere Weise belästigen, in den Personenwagen mitgeführt werden dürfen. Gepäckträger, Bahnsteigschaffner usw. werden diejenigen Reisenden, welche zuviel Handgepäck mit sich führen, darauf aufmerksam machen, daß dasselbe als Reisegepäck aufzugeben ist. In der ersten, zweiten und dritten Klasse steht dem Reisenden nur der über seinem Sitzplatze befindliche Raum zur Unterbringung seines Handgepäcks zur Verfügung. Die Eisenbahndirektionen haben an ihre Fahr-, Stations-, Abfertigungs- usw. Beamten und Arbeiter eine Verfügung über die Behandlung des Reisegepäcks erlassen. Bei der Beförderung werde von den Beamten und Arbeitern häufig nicht mit der erforderlichen Umsicht und Sorgfalt verfahren. Deshalb werde ihnen die schonendste Behandlung des Reisegepäcks zur besonderen Pflicht gemacht. Die Beförderung habe stets durch Heben, Tragen oder Fahren, niemals aber durch Schleifen oder Werfen zu erfolgen. Nachlässige oder vorschriftswidrige Behandlung des Reisegepäps wird nachdrücklichst bestraft, auch haben die Schuldigen zu gewärtigen, daß sie zum Schadenersatze herangezogen werden.

pb. **Ein Schläger.** Gegen einen Fahrradhändler, der einen hiesigen Wirt durch einen Faustschlag in das linke Auge nicht unerheblich verletzte, wurde Anzeige erstattet.

pb. **Münzendiebstahl.** In der Nacht vom 16. zum 17.

ds. Mts. wurden einem in Ritzerau wohnhaften Malergehülfen aus seiner Schlafkammer eine kleine Zigarrenkiste, eine Münzensammlung im Werte von 100 Mark enthaltend, gestohlen. Die Sammlung bestand aus folgenden Münzen: 1 Krönungstaler, 1 Frankfurter Taler, 1 Taler mit der Bezeichnung: „Segen des Mansfelder Bergbaues", 1 alter bayerischer Taler, 2 Lübecker Zweimarkstücke, vier Zweimarkstücke geprägt aus Anlaß der 200jährigen Jubelfeier in Preußen, 1 Zweimarkstück mit dem Bildnis des Königs Georg von Sachsen, 1 Zweimarkstück mit dem Bildnis des Herzogs von Anhalt, 1 russischer Silberrubel, 1 finnische Marka, 1 arabisches Goldstück, 1 amerikanischer Dollar, 1 amerikanischer Halbdollar, 1 Vierteldollar in Gold, 5 silberne 20 Pfennig-Stücke, 1 Nickel-Zwanzigpfennigstück, 1 silberne Medaille mit der Inschrift: „Gemüse- und Fruchtausstellung Harburg, 1 silberne Medaille Gewinn einer Pferdelotterie, beide in Größe eines Fünfmarkstückes und verschiedene Silber- und Kupfermünzen des In- und Auslandes. In den Deckel der Zigarrenkiste ist der Name „Ernst Peter, Harburg, Neuestraße 17," eingebrannt.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Krummesse lüb. Ant. ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen K. L. L. Blöß der Dreiviertelhufner K. J. H. Klempau daselbst zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden.

Hamburg Zur Lohnbewegung der Maler. Eine am Sonntag bei Springborn tagende Mitgliederversammlung der Malergehülfen befaßte sich mit dem Tarifbruch durch den Bund nordeutscher Maler- und Lackierermeister. Eingehend und an der Hand von Schriftstücken weist der Organisationsleiter Buch nach, daß das Gerede des Obermeisters Hansen, die Gehülfenkommission habe Kenntnis gehabt von der Absicht der Unternehmer, den Hamburger Tarif von dem Zustandekommen eines Tarifes in Berlin abhängig zu machen, auf Unwahrheit beruhe. Herr Hansen versteige sich sogar zu der Behauptung: Die Gehülfenkommission habe die Versammlung im Unklaren über die Wirkung des Hamburg-Berliner Meistervertrages gelassen. Er müsse diese Behauptungen entschieden zurückweisen. Die im Herbst vorigen Jahres auf Grund dieses Vertrags von den Gehülfen als zwecklos abgebrochenen Tarifverhandlungen seien im Anfang dieses Jahres, erst nach der von Hansen gegebenen schriftlichen Zusicherung, daß der besagte Kartellvertrag kein Hindernis bilde für den endgültigen Abschluß eines Tarifes in Hamburg, wieder aufgenommen worden und im Laufe der dann aufs neue erfolgten Tarifberatung sei der Kartellvertrag mit keinem Wort mehr erwähnt worden. Der Tarif sei endgültig und ohne irgend welche Klausel von beiden Korporationen angenommen worden. Der Tarifbruch liege klar zutage. Die Verwaltung der Organisation habe nunmehr das Einigungsamt angerufen, dasselbe möge entscheiden, ob hier Tarifbruch vorliege oder nicht. Unsere Forderung gehe dahin, daß uns Garantien geboten werden, die einseitiges und willkürliches Außerkraftsetzen des Tarifes unmöglich machen. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, dann verzichten die Gehülfen allerdings auf einen Tarif. Die nachfolgenden Redner billigen mit wenigen Ausnahmen das Vorgehen der Verwaltung. Nachfolgende Resolution fand Annahme: „Die heutige Versammlung beschließt, den Verlauf der Verhandlungen vor dem Einigungsamt abzuwarten und die weiteren Maßnahmen von diesem Resultat abhängig zu machen. Jeder Tarif ist abzulehnen, welcher irgend welche Klausel enthält, die ein einseitiges, vorzeitiges Aufheben des Tarifvertrages möglich macht." — Ihre Stellungnahme zur Maifeier präzisierte die Versammlung dahin, daß es moralische Pflicht jedes organisierten Kollegen ist, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und sich der Demonstration anzuschließen.

Cuxhaven. Schiffsuntergang. Der Schoner „Johanne" aus Westerhandersehn fuhr am 7. März von Cuxhaven nach Memel, wo er nicht angekommen ist. Jetzt sind an der pommerschen Küste Schiffstrümmer aufgefunden worden, die darauf schließen lassen, daß der Schoner mit der gesamten Besatzung in der Ostsee untergegangen ist.

Kellenhusen. Schiffsstrandung. Bei dem starken Nordostwind ist der Kapitän Klahn aus Neustadt mit seinem Schiff hier gestrandet. Das Schiff war mit Ziegelsteinen beladen und lag hier zum Löschen. Wegen des Windes mußte man mit dem Löschen aufhören. Die Mannschaft ist von den Fischern unter großen Mühen geborgen worden.

Glückstadt. Durch eine Feuersbrunst wurde das Gewese des Hofbesitzers Maaß in Huje eingeäschert. Das Vieh und die Mobilien wurden gerettet. Es wird Brandstiftung vermutet. — Vor einiger Zeit wurde der Arbeiter Hagedorn in Hetlingen bei der Explosion einer Lampe schwer verletzt. Nach qualvollen Leiden ist er jetzt daran gestorben. — Der Kutscher Herman Wagner aus Elmshorn geriet auf der Horster Chaussee unter sein Fuhrwerk. Obwohl er von den Wagenrädern nicht getroffen wurde, hat er bei dem Fall doch so schwere Verletzungen erlitten, daß er in wenigen Augenblicken starb.

Bremen. Großfeuer. Gestern vormittag brach in zwei Packhäusern der Firma H. Bischof u. Co. am Steffanitor Bollwerk Großfeuer aus, das die Gebäude und die darin befindlichen ca. 3000 Ballen Baumwolle zum größten Teile vernichtete. Die Feuerwehr, welche mit vier Dampfspritzen, zwei Spritzendampfern und achtzehn Schlauchleitungen arbeitete, beschränkte das Feuer auf seinen Herd.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Maifeier-Komitee.
Mittwoch abend 8¾ Uhr:
Sitzung im Vereinshaus.

A. B. Sch.
Mittwoch abend 8½ Uhr.
Abrechnung vom Volksliederabend.

Verspätet.
Zentralverband der Hafenarbeiter Deutschlands.
Sektion Lastadiearbeiter.

Nachruf.
Am Freitag den 20. April verstarb unser Mitglied
W. Körner.
Ehre seinem Andenken.

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen, sowie allen meinen Kollegen der Hansa-Brauerei, insbesondere Herrn Pastor Stülcken für die trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank.
F. Jürgens und Tochter.

Für bewiesene Aufmerksamkeit und Gratulation zu unserer Hochzeit danken herzlich
Ferd. Hansen u. Frau, geb. Mengel.

Gute Logis zu vermieten für junge Leute oder junge Mädchen, Woche 2 Mk.
Johannisstraße 55, I.

Ein Logis an einen jung. Mann
zu vermieten, Woche 2 Mk
Schlumacherstraße 33.

Zu vermieten eine Wohnung
Friedenstraße 25.

Sofort junger Knecht gesucht.
Schlutup. Rugenstein.

Gesucht ein Laufmädchen im Alter von 12—14 Jahren
Segebergstraße 24, part.

Myrten-Bäume
werden gekauft
Königstraße 26, part

Ein Zeichenbrett mit Reißschiene und die Schule des Elektro-Technikers in zwei Bänden billig zu verkaufen
Lützowstraße 8, part

Abhanden gekommen ein schwarz. Huhn.
Gegen gute Belohnung abzugeben bei
Ch. Meyer, Wickedestraße 53

Bommerlunder
feinster Tafel-Getreide-Aquavit

Ferienkolonien.
Anmeldungen zur Teilnahme an den diesjähr Ferienkolonien sind bis zum 30 April bei dem betreffenden Hauptlehrer unter Beifügung eines ärztl Scheines zu bewerkstelligen. Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.
Der Vorstand
des Vereins für Ferienkolonien.

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen **A. Beßmann, Friedenstr. 47.**

Ruderboot zu verkaufen. **Friedrich Becker,** Heinrichstraße 2.

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.
(E. H. Nr. 24.)

General-Versammlung
am Montag den 30. April 1906
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50|52

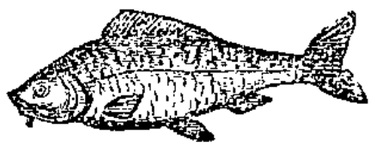
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1906.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Großer billiger Ausverkauf
in Garnituren, Schlafzimmern, Kleiderschränken, Waschtischen, Sofatischen, Spiegeln, Küchenschränken, Vertikows, Bettstellen mit Matratzen, Kommoden u. Spiegelschränken, Stühlen, Sesseln, Bauerntischen, Bildern, **alles billig!!!** wegen Räumung des Ladens
Beckergrube 20.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24



Neu eingetroffen:
Seelachs 15 Pfg.
Kochbuch gratis.
Ia. Flohmheringe.
Jeden Abend 6 Uhr frische
Kieler Räucherwaren.
Fischhalle „Hansa", Fünfhausen 33.
Fernsprecher 1869.

Stets frisch im Karton und auch ausgewogen empfiehlt bestens
Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marken.

Wegen Abnahme größeren Postens Schweine
verkaufe diese Woche:

Schweinefleisch	Pfd. 70 Pf.
Flohmen	Pfd. 70 Pf.
Bestes Schmalz	Pfd. 70 Pf.
Gekochte Wurst	Pfd. 70 Pf.
Leberwurst	Pfd. 70 Pf.
Braunschweiger	Pfd. 60 Pf.
Preßkopf	Pfd. 60 Pf.

Wilh. Strohfeldt
Glockengiesserstr. 73
Markthalle 13, 14 u. 15.

Mit Wochenraten von 1 Mark an
Möbel
Anzüge, Paletots, Blusen, Kost.-Röcke, Jacketts, Kleiderstoffe, Wäsche, auch
Ohne Anzahlung
für alte Kunden, die ihr Konto beglichen haben.
S. Sachs
Hüxstraße 41.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.

Zur Beachtung!
Um unseren Mitgliedern schon jetzt Gelegenheit zur Ansammlung von Geldern zur Herbstlieferung von **Feuerung und Kartoffeln** zu geben, nehmen wir schon jetzt Bestellungen hierauf entgegen. Die betreffenden Einzahlungen werden durch besondere „Sparmarken" à 25 Pfg auf Sparkarten quittiert.
Bei der ersten Anzahlung ist der ungefähre Bedarf anzugeben.
Sparmarken und **Sparkarten** sind in unserer Verkaufsstelle, Fleischhauerstr. 30, zu haben.
Um rege Benutzung dieser Einrichtung bittet
Der Vorstand.
Die unterschriftliche Anerkennung des Statuts berechtigt zur Benutzung sämtlicher Einrichtungen des Vereins. Auch der Geschäftsanteil kann in Raten von 25 Pfg eingezahlt werden.
Beitrittserklärungen werden von den Mitgliedern wie auch in unserer Verkaufsstelle entgegengenommen D. O.

Buchbinder-Messer,
Gärtnermesser u.-Scheeren,
Glasermesser,
Hufmesser,
Korkschneidemesser,
Malerspachtel,
Schuhmachermesser,
Töpfermesser,
Zeichen-Reißzeuge,
Zigarrenmachermesser,
billig und gut bei
Diedrich Tesschau

Deutscher
Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 25. April
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Vortrag: „Gründung und Entwickelung unseres Verbandes".
2. Bericht über unsere Lohnbewegungen".
3. Verschiedenes.

NB Diejenigen Kollegen, welche von der Maiaussperrung betroffen werden, ersuchen wir, zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Sanitätsverband
der freien Hilfskassen Lübecks.

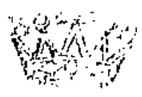
General-Versammlung
am Donnerstag den 26. April
abends 8¾ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1 Quartal 1906.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Arbeiter Bildungsschule
Lübeck.

Umständehalber findet die nächste **Rede-Uebungsstunde** am **Freitag den 27. April** statt.
Der Vorstand.



Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Wanderung im Küstenland und der österr. Riviera etc.

Hansa-Theater
Mittwoch den 25. April:
Wettrennen
Claire Porté, Champ. v. Süd-Russl.
gegen
Eugen Schmidt aus Lübeck.
Distance: 3 Kilometer.
Les Meteors
neue Bilderserie
Backer — Kowalla
neues Repertoir
usw.
Vorverkauf in Sager's Zigarrengeschäft und 11—1 Uhr an der Theaterkasse.

Stadthallentheater.
Die Abonnements-Karten für die Sommer-Spielzeit werden täglich bis 25. April ausgegeben.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 95 — Mittwoch, den 25 April 1906 — 13. Jahrgang

Ein Blutbad unter der Breslauer Arbeiterschaft.

In Breslau hat die Polizei, wie schon kurz gemeldet, eine Straßenschlacht geschlagen gegen Unbewaffnete. Zur höheren Ehre des Kapitals ist Arbeiterblut geflossen. Die Polizeisäbel, die am 21. Januar trotz aller glorioser Vorbereitungen untätig bleiben mußten, haben sich am Donnerstag in Proletarierblut gewaschen!

Als Schutztruppe des Kapitals und der Arbeitswilligen hat die Breslauer Polizei ihre grause Arbeit verrichtet. Eine Aussperrung Tausender, durch die die Breslauer Metallindustriellen einige Former, die in der Zeit der künstlichen Lebensmittelteuerung Lohnforderungen zu stellen wagten, auf die Knie zu zwingen gedachten, war der Anlaß des Gemetzels. Die Breslauer Metallindustriellen sperren aus, die Polizei bewacht pflichteifrig ihre Fabriken und ihre wertvollen Arbeitswilligen, und haut die Menge zusammen, die vor diesen wertvollsten Elementen nicht den genügenden Respekt habt.

Das ist deutsche „Ordnung". Den Kapitalisten und ihren Kreaturen Schutz, den kämpfenden Arbeitern Trutz, das ist die ausgleichende Gerechtigkeit des Klassenstaates!

Die Rechnung steigt und steigt . . .

Ueber die Vorgänge in Breslau wird dem „Vorw." von dort geschrieben:

„In Breslau waren die Former der dortigen Betriebe im Februar d. J. in eine Lohnbewegung getreten und hatten ihren Arbeitgebern Forderungen unterbreitet. Als sie keine Antwort bekamen, traten sie in den Ausstand und erzielten damit einen Teilerfolg bei einer Reihe von Firmen. Kurz darauf sahen sich aber die Former der Firma Maschinenbau-Anstalt in die Notwendigkeit versetzt, wiederum in den Streik einzutreten. Die Antwort darauf erging vom Verbande der Metallindustriellen, der bekannt gab, daß, im Falle die Former der Maschinenbau-Anstalt nicht bis zum 11. April die Arbeit wieder aufnehmen, über die Former und Gießereiarbeiter sämtlicher Breslauer Gießereien die Aussperrung verhängt werden würde. Nebenbei bemerkt, ist diese Androhung und Aussperrung dazu benutzt worden, gegen die Vorstandsmitglieder des Verbandes der Metallindustriellen Strafanzeige wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu erhalten, um einmal festzustellen, ob die Breslauer Staatsanwaltschaft und das Breslauer Oberlandesgericht die Gründe und Erwägungen, die zur Anklage und Verurteilungen gegen dortige Arbeiter in verschiedenen Fällen geführt haben, auch gegen Arbeitgeber sich zu nutze machen werden.

Da in mehreren großen Versammlungen sämtliche Former Breslaus sich mit den Streikenden solidarisch erklärt hatten, trat die Aussperrung in Kraft. Die Metallindustriellen hatten aber noch weiter angedroht, in ihren Betrieben sämtliche Organisierte auch die Hirsch-Dunckerschen, — nur die Christlichen, die katholischen Fachabteilungen und die evangelischen Arbeitervereine sollten ausgenommen bleiben — vom 19. April ab auszusperren, falls nicht bis zu diesem Tage wenigstens der Streik beendet sei.

Am 19 früh trat auch die Aussperrung in Kraft. Gegen 6000 Organisierte — Metallarbeiter, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Sattler, Lackierer usw. — lagen auf dem Pflaster. Die Auszahlung des Restlohnes am Donnerstag früh verlief in aller Ruhe. Auch tagsüber war alles in tiefstem Frieden.

Nun hatte man aber die Betriebe mit Hilfe der christlichen Arbeitswilligen notdürftig aufrecht erhalten. Gegen abend hatten sich auf dem Striegauer Platze vor der Linkeschen Waggonfabrik eine Anzahl von Leuten eingefunden, in der Mehrzahl Kinder und Halbwüchsige, bedauerlicherweise auch Ausgesperrte.

Als die Arbeitswilligen aus den Toren kamen, wurden sie, die ihr schlechtes Gewissen durch allerhand Grimassen und höhnische Zurufe zur Ruhe bringen wollten, von einigen Außenstehenden damit begrüßt, daß man ihnen Brot zuwarf und rief: „Da nehmt, wenn Ihr wirklich nichts zu fressen habt."

Trotzdem wäre alles in Ruhe verlaufen, wenn nicht die bekannten Achtgroschenjungen in Tätigkeit getreten wären und durch ihr Johlen — das ganz offenkundig von einem Manne dirigiert schien, den niemand kannte — schließlich die in der Nähe stehende Polizei herbeigerufen hätte.

Wie sich das entwickelt hat, was nun kam, darüber ein klares Bild zu erlangen, ist unmöglich.

Berittene Schutzleute, die plötzlich auftauchten, drangen in die immer stärker anwachsenden Menschenmassen ein, die Polizei zog blank. Da kamen — wer weiß von wem so schnell gerufen — mit der elektrischen Bahn — neue Mannschaften auf dem Striegauer Platze an. Pfeifensignale ertönten. Die Kinder und Halbwüchsigen machten sie nach. Auf einmal — ein ganz jugendlicher Polizeileutnant gibt das Kommando — „Schwärmen, marsch, marsch" — und ohne die Menge zum Auseinandergehen aufzufordern, dringen die Polizisten auf die Menge ein und blindlings hauen sie auf alles los, was ihnen in den Weg kommt. Zu fliehen ist unmöglich, denn die Nachdrängenden verhindern das Auseinandergehen. Ein fürchterliches Blutbad ist die Folge. 74 Schritt lang maßen unsere Gewährsleute die Blutlache, die später den Kampfplatz bedeckte.

Sehr charakteristisch ist es, daß der größte Teil der Verwundungen, soweit bisher festgestellt werden konnte, von hinten in den Rücken erfolgte. Gänzlich Unbeteiligte wurden, weil sie nicht schnell genug flüchten konnten, schwer verletzt. Allein 44 Verwundete wurden gezählt, die im Hospital Aufnahme fanden, darunter einer, dem die eine Hand glatt weggehackt wurde. Nachstehende haben sie auf. Unkontrollierbar aber sind die Verletzten, die sich in privatärztliche Behandlung begaben.

Die Szenen, die sich zwischen 7—8 Uhr in der Nikolaivorstadt abspielten, sind unbeschreiblich. Auf Wehrlose, auf Frauen und Kinder sprangen die Berittenen, die Polizisten zu Fuß ein. Alle Ladenbesitzer und Gastwirte wurden von Schutzleuten mit dem Säbel in der Hand aufgefordert, sofort zu schließen. Alle Hausflüren mußten geschlossen werden. Wenn nun die Flüchtenden versuchten, in eine geschlossene Tür zu kommen, wurden sie erbarmungslos geschlagen.

Neben dem Säbel traten aber auch die für den 21. Januar neu angeschafften Revolver zum ersten Male in Aktion. In der Friedrich Wilhelmstraße wurde ein Polizeikommissar gesehen, der in der einen Hand den Säbel, in der anderen den Revolver trug und herumlief. In der Schweitzerstraße Nr. 12 hat der Schreiber dieser Zeilen sich selbst davon überzeugt, daß ein Revolverschuß, der von einem Polizeioffizier ausging, durch das geschlossene erleuchtete Fenster hindurch ging, in die Decke drang und dort ein Loch riß. Der Offizier drohte weiter zu schießen, wenn nicht alle Fenster geschlossen würden. Einem der Herren muß dabei ein Malheur passiert sein, er verlor eine volle Patrone, die vorläufig als corpus delicti auf der Redaktion der „Volkswacht" aufbewahrt wird.

Die Aufregung in Breslau ist unbeschreiblich. Trotzdem verliefen die am Freitag vormittag angesetzten 4 Versammlungen der Ausgesperrten in vollkommener Ruhe. Freilich war dieswal auch eine andere Polizei zur Stelle: Ausgesperrte selbst, die durch weiße Binden kenntlich gemacht, übten den wirklichen Sicherheitsdienst aus" —

Der amtliche Polizeibericht stellt die Vorgänge natürlich ganz anders dar. Er lautet:

„Die ausgesperrten Metallarbeiter rotteten sich heute abend gegen 6 Uhr am Strigauerplatz zu einer Demonstration (!) gegen die nichtorganisierten Arbeiter zusammen, die um diese Zeit die Fabriken verließen. Nach Bericht von Augenzeugen sollen die Arbeitswilligen schweren Beschimpfungen, Bedrohungen und Tätlichkeiten (!) ausgesetzt gewesen sein. Die Polizei suchte die Arbeitswilligen zu schützen, konnte aber anfangs nicht viel ausrichten, da sie gegenüber der zahlreichen Menge zu schwach war. Es kam zu stürmischen Tumulten und schließlich mußte (!) die rasch verstärkte Polizei mit der blanken Waffe gegen die Menge vorgehen, aus der Würfe mit Steinen und Flaschen (!?) erfolgten. Bei dem Vorgehen der Polizei wich die Menge nur widerwillig, und leistete stellenweise Widerstand, so daß es zu zahlreichen Verwundungen kam und die Feuerwehr requiriert werden mußte, um die Verwundeten zu verbinden. Die Ladeninhaber schlossen fast ohne Ausnahme ihre Läden. Gegen 7½ Uhr abends waren die Menschenansammlungen zerstreut, und die einzelnen Trupps verbreiteten sich in die Nebenstraßen, wo weitere tumultartige Ausschreitungen vorkamen. Erst gegen 9 Uhr abends trat eine weitere Beruhigung ein, aber immer noch war viel Leben auf den Straßen!"

Aber selbst ein bürgerliches Blatt, die freisinnige „Morgenzeitung", stimmt mit der „Volkswacht" darin überein, daß keine Gewalttätigkeiten von der Menge verübt wurden. Dieses Blatt berichtet:

„Zu bemerken ist, daß nicht ältere Leute, sondern junge, unerfahrene Burschen solchen Unfug übten; am meisten lärmten die Kinder. Zu Handgreiflichkeiten ist es nicht gekommen. Die Polizei schritt sofort ein und versuchte die Leute auseinander zu treiben und zum Fortgehen zu bewegen. Wie das nun bei solchen Gelegenheiten wohl meist der Fall ist, leisteten die Leute der Weisung nicht allzu rasch Folge. Dazu kam noch, wie dem Berichterstatter von verschiedenen Seiten erzählt wurde, daß kleine Feuerwerkskörper losgelassen wurden, sogenannte kleine Frösche. Plötzlich kam ein Trupp berittener Schutzleute und eine Anzahl unberittener Sicherheitsbeamten an und man hörte das Kommando: „Marsch, marsch! Sofort sprengten die Berittenen in die Menge mit gezogenem Säbel ein. Das Volk konnte nicht so schnell flüchten, wie die Schutzleute ritten. Männer und Frauen wurden umgerissen, außerdem machten die Schutzleute von ihren Säbeln Gebrauch. Wir wollen die Haltung der Beteiligten in keiner Weise entschuldigen, aber nach den uns vorliegenden Berichten ist die Polizei mit übergroßem Eifer vorgegangen. Von einer Frau hörten wir, es sei grauenhaft gewesen, wie die Berittenen um sich gehauen haben. Auch Kinder sollen verletzt sein. (!)"

Wie sehr die Polizisten alle Ueberlegung und Besinnung verloren hatten, zeigen folgende Angaben der „Volkswacht":

„Der Müller Reinhold Görlitz wollte bei Siegmund, Friedrich-Wilhelmstraße, Waren abliefern. Von Schutzleuten aufgefordert, weiterzugehen, sah sich G. nach dem mit ihm gehenden 72jährigen Schwiegervater namens Kauder um, um ihn zu veranlassen, schnell mitzukommen. Der Greis aber konnte nicht schnell gehen, weshalb G. zu den Schutzleuten sagte: „Haben Sie doch mit dem alten Manne ein wenig Geduld! Sie sehen doch, daß er ein alter Mann ist und nicht laufen kann!" In diesem Augenblicke aber sausten bereits die Säbelhiebe auf den Arbeiter herab, derart, daß ihm die linke Schulter total durchgehauen und mit einem Hieb die linke Hand verletzt wurde. Von einem Gedränge oder Störung des Verkehrs konnte an jener Stelle keine Rede sein. . . .

Aehnlich erging es dem Tapezierer Paul Rademacher,

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Uebersetzt von Natalie Liebknecht.

69 Fortsetzung.

Haufen von Pergament-Urkunden, Bündel von geordneten und numerierten Papieren, viele Kästchen von verschiedener Größe und verschiedenem Material fanden sich vor, aber das Gesuchte war nicht zu finden. Morley war verdutzt; er hielt einen Augenblick mit seiner Arbeit inne. Der Gedanke, wie viel er diesem Zweck geopfert habe, und daß nun alles umsonst sein sollte, erdrückte ihn — ihn, den Vertreter der moralischen Gewalt, der jetzt inmitten der Verwüstung stand, die er organisiert hatte! Er verfluchte in seinem Herzen Baptist Hatton.

„Die Schurken haben sie vernichtet!" sagte Devilsdust. „Ich dachte mir, daß es so sein würde. Sie wollen sich nicht der Gefahr aussetzen, daß ein Sohn der Arbeit Herr dieser Reichtümer werden könnte."

Einige der Kisten waren sehr tief, und um Zeit zu sparen, hatte man bis jetzt ihren Inhalt mit einer Eisenstange geprüft. Jetzt aber stieg Morley mit verzweifelter Miene auf ein Trittbrett, das im Zimmer war und fing an, die Kisten vollständig auszuräumen und ihren Inhalt auf den Fußboden auszubreiten. Dieser war bald mit Urkunden, Papieren und Kästchen bedeckt, welche Morley und Devilsdust, sobald sie einen Blick darauf geworfen hatten, wieder bei Seite legten.

Endlich, als alle Hoffnung verschwunden schien, stieß Morley beim Entleeren einer Kiste, in der er anfänglich nur Papiere gefunden hatte, an der Rückseite derselben auf etwas; er sprang mit ausgestreckten Armen vor, so daß sein Körper halb in dem Schranke verschwand, und zog dann mit einem triumphierenden Freudenrufe die blaue, mit dem Wappen der Valence bemalte Schatulle heraus. Sie war weder groß noch schwer; er hielt sie Devilsdust hin, ohne nur ein Wort zu sagen, stieg eilig die Stufen hinunter, setzte sich einen Augenblick auf einen Haufen Urkunden und faltete die Arme.

Da plötzlich knatterte Musketenfeuer.

„Halloh", rief Devilsdust mit einem sonderbaren Ausdruck.

Morley fuhr von seinem Sitze auf, der Stutzer Mick stürzte in das Zimmer und rief: „Die Soldaten, die Soldaten sind da!"

„Schnell hinunter!" rief Morley. „In der Verwirrung können wir entwischen. Ich nehme die Schatulle mit." Und so verließen sie das Urkundenzimmer.

Ein Arbeiter, den Mick ausgeschickt hatte, um nachzusehen, kam zurückgestürzt: „Es sind keine regulären Truppen, es ist die Miliz; sie schießen und hauen nieder, was ihnen in den Weg kommt. Sie sind schon im Erdgeschoß des Schlosses und haben unten alles im Besitz. Auf diesem Wege können wir nicht entwischen."

„Die verwünschten Schlösser!" knirschte Morley, die Schatulle fest umklammernd. „Die Zeit ist zu rasch vergangen. Die Truppen waren etwas zu schnell." Er lief in das Urkundenzimmer zurück und untersuchte, wohin die Fenster gingen. Wer leicht und gewandt war, konnte sich gerade auf das Dach des niedrigen Schloßteiles schwingen. Als er dies noch erwog, stürzte ein anderer Kundschafter herein mit den Worten: „Kameraden, sie sind da, sie steigen die Treppe herauf!"

Morley stampfte vor Wut und Verzweiflung auf den Boden. Dann ergriff er Mick bei der Hand und sagte: „Sie sehen das Fenster hier! Können Sie auf irgend eine Art das Dach erreichen?"

„Es ist einerlei, ob man so oder so ums Leben kommt. Ich will's versuchen!"

„Fort! Wenn Sie glücklich unten angekommen sind, dann werfe ich Ihnen die Schatulle nach. Nun aber, Sie Acht! Sie tragen die Schatulle in das Kloster von Mowbray und händigen Sie persönlich Sybil Gerard ein. Die Schatulle ist leicht, es sind nur Papiere darin; aber Sie werden Sybil ihr einstmaliges Eigentum zurückgeben, und Sybil wird Sie nicht vergessen!"

„Das kümmert mich wenig," erwiderte Mick, „ich wünsche nur, daß ich mit heiler Haut hinkomme."

Die Fußtritte der aufsteigenden Truppen wurden hörbar.

„Lebt wohl Ihr Freunde," rief Mick und wagte den Sprung. Er schien betäubt, erholte sich aber rasch wieder. Morley beobachtete ihn und warf ihm die Schatulle nach.

„Und nun," sagte er entschlossen indem er eine Pistole hervorzog, „wollen wir uns den Weg erkämpfen. Ich werde den ersten, der eintritt, niederschießen, und dann müßt Ihr mit Enten-Krüppeln und Eisenstangen auf die Soldaten losstürzen!"

Die Mannschaften, welche so unerwartet und so zur rechten Zeit auf diesem Schauplatz der Zerstörung erschienen, waren eine Abteilung des von Lord Marney kommandierten Milizregiments. Der Streik in Lancashire und der Aufstand in den Minenbezirken hatte das Land so vollständig von Truppen entblößt, daß der Lord Leutnant darauf bestanden hatte, Lord Marney müsse seinen Ackerbaubezirk verlassen und sich in den Fabrikbezirk einquartieren. Innerhalb der letzten zwei Tage hatte Lord Marney sein Hauptquartier in einer großen Fabrikstadt, ungefähr zehn Meilen von Mowbray aufgeschlagen. Am Sonntag war vom Mayor (Bürgermeister) der letzteren Stadt eine Depesche eingetroffen, die das Eindringen der Berg- und Eisenarbeiter meldete, und daraufhin hatte Egremont Befehl erhalten, am nächsten Morgen mit seinen Leuten dorthin zu marschieren.

Egremont war noch nicht zwei Stunden fort, als die Reiter, denen Sybil begegnet war, in dem Hauptquartier Lord Marney's ankamen und einen sehr beunruhigenden und

der ein Geschäft in der Andersenstraße hat. Im Begriff, seinen Schaukasten abzuheben, trat er, nur mit Hemd und Hose und Pantoffeln bekleidet, auf die Straße. Als ihn ein Schutzmann erblickte, schrie er ihn an: „Wollen Sie wohl die Straße freimachen!“ Und in demselben Augenblick schlug der Schutzmann mit der blanken Waffe bereits auf ihn ein! Zwei Säbelhiebe bekam er über den Arm und zwei über den Kopf. Im Allerheiligen-Hospital wurde er verbunden. Dort standen zwei Wachtmeister vor der Tür Posten. Der eine sagte beim Anblick des Verwundeten, der stark blutete: „Schon wieder einer! Na, sind noch viel zu wenig. . . .“

Von einem höheren Beamten, der Augenzeuge der Metzelei war, wurde der „Volkswacht“ geschrieben:

„. . . . Man konnte bisher annehmen, die untergeordneten Schutzleute seien lediglich Untergebene ihrer Vorgesetzten. Das ist nicht wahr! Ich habe von meiner Wohnung aus wiederholt deutlich beobachtet, wie die Polizisten geradezu mit einem freudigen Eifer auf die wehrlose Menge, auf Frauen und alte Leute einhieben! . . . Keiner zeigte menschliche Teilnahme oder Verständnis! Alle, alle zeigten sich als grausame Feinde des Volkes. Des Volkes, dessen Söhne sie sind, des Volkes, das sie bezahlt!

Und doch hätte sich dieses entsetzliche Blutbad vermeiden lassen!

. . . Das gestrige Blutbad ist eine Folge der Art und Weise, wie man seit Ihrem roten Sonntage die Schutzleute gegen die Arbeiterschaft scharf gemacht hat!!! Was hat man seit dem Januar, wo man Straßendemonstrationen befürchtete, den Schutzleuten nicht alles dienstlich über die Sozialdemokraten erzählt!! . . . Damals nun fand ihr angestachelter Eifer keine Betätigung. Gar mancher Schutzmann hat sich baß gewundert, daß die Arbeiter so ruhig blieben. Ist es da ein Wunder, daß die Schutzleute jetzt, da sie urplötzlich vor eine erregte Menschenmasse gestellt werden, an alles das denken, was ihnen vor dem roten Sonntag und beim Einhändigen der neuen Revolver über die Gefährlichkeit der Arbeiter gesagt und eingeschärft worden ist? Ist es ein Wunder, wenn sie da die ruhige Ueberlegung verlieren und die etwas sehr schnellen Befehle ihrer Vorgesetzten allzu prompt und allzu eifrig auszuführen suchen?

Denn daß man es nur erfahre: Die weitaus große Mehrzahl der Arbeiter bewies eine staunenswerte Disziplin. Ich sah, wie einige die Flucht ergriffen, um den Säbeln der aufgeregten Polizei zu entgehen. Und — unerhörtes Vorkommnis! — die berittenen Schutzleute sausten hinterdrein! Arbeiter, die die Frauen und Kinder in die Hausflure zu drängen versuchten, wurden hart angelassen — und doch hat, soweit ich und meine Nachbarn das sehen konnten, kein einziger Arbeiter, überhaupt kein Mensch die Polizisten angegriffen. Ja, nicht einmal zur Wehr gesetzt haben sie sich, zumal ja keiner von ihnen bewaffnet war. Wie ich höre, haben die Verhafteten auf der Wache herzzerreißend geschrien. Was man dort mit ihnen angestellt hat, konnte ich leider nicht erfahren. Allein die in der Leuthenstraße in der Nähe der Nr 32 wohnenden Bewohner sind einfach außer sich vor Zorn und Empörung.“

So ein Bürgerlicher! Der Zorn und die Erbitterung des Breslauer Proletariats läßt sich hier in Worten nicht schildern! Und das Proletariat ganz Deutschlands fühlt mit ihm!

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Aussperrung der Bauarbeiter in Reichenhall ist beendet. Nach eingehenden Unterhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverbande und den Vertretern der Arbeiterorganisationen wurde die Aussperrung im Baugewerbe aufgehoben. Für die Arbeiter der einzelnen Berufe wurden sehr günstige Tarifabschlüsse erzielt. — Die Stukkateure in Breslau sind in den Streik eingetreten. — Den streikenden Kutschern in Magdeburg will der Arbeitgeberverband Gelegenheit geben, möglichst an ihre früheren Arbeitsstätten zurückkehren zu können, ehe sich so viel Arbeitswillige gemeldet haben, daß alle Posten besetzt sind. Das künden große Inserate in der bürgerlichen Presse an. Die Arbeiter sollen aber bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Die Ausständigen haben einstimmig beschlossen, weiter zu streiken. Der Terrorismus der Fuhrherren, den sie bei den Arbeitern nicht genug verurteilen können, geht so weit, daß sie an das in Betracht kommende Publikum Rundschreiben versenden, dem einen Fuhrherrn, der bewilligte und der so unsanft aus der Arbeitgeberversammlung hinausspediert wurde, die Kundschaft zu entziehen. Eine Unannehmlichkeit ist den Fuhrherrn bereitet worden durch die Forderung der Polizei, die Asche von den Höfen der Häuser zu entfernen. Für die Beseitigung der Asche haben in Magdeburg die Hausbesitzer, die deswegen mit den Fuhrherren Verträge abschließen, Sorge zu tragen. Das Anhäufen der Asche hat bereits schwere Unzuträglichkeiten mit sich gebracht.

Die Breslauer Gewerkschaften für die Maifeier. Eine Versammlung des Breslauer Gewerkschaftskartells nahm einstimmig folgende Resolution an: „In Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Kölner Gewerkschaftskongresses und dem Beschlusse des Jenaer Parteitages fordert das Gewerkschaftskartell die organisierten Arbeiter auf, mehr als bisher die Mai-Demonstration durch Arbeitsruhe zu begehen. Das Kartell begrüßt das Vorgehen der Breslauer Holzarbeiter, die sich in stattlicher Anzahl schriftlich verpflichtet haben, am 1. Mai nicht zu arbeiten, und spricht die Hoffnung aus, daß auch andere Organisationen baldigst dem Beispiel folgen. Unter allen Umständen aber müssen die Gewerkschaftsleiter dafür sorgen, daß in ihren Organisationen der Wert der Mai-Demonstration und die gewaltige Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit mehr als bisher dargelegt und dafür gesorgt werde, wenigstens den Versuch zu machen, die Arbeitsruhe am 1. Mai zu erringen. Das Kartell macht es ferner den organisierten Arbeitern zur dringenden Pflicht, die Veranstaltungen der Partei am 1. und 6. Mai vollzählig zu besuchen und auch weitestes Kreise der Indifferenten dafür zu gewinnen.“

Ein hübschen Erfolg haben unsere Genossen in Kassel zu verzeichnen. Bei den Wahlen in den eingemeindeten Vororten Bettenhausen und Kirchditmold wurde je ein Genosse gewählt, so daß die sozialdemokratische Fraktion im Kasseler Stadtparlament jetzt über vier Sitze verfügt.

Noch immer verpuffte Staatsaktionen wegen des Wahlrechtsflugblattes. Das „Bochumer Volksblatt“ meldet: Die Justizaktion gegen die Wahlrechtsflugblätter nimmt ein klägliches Ende. Eine Anzahl Genossen war, wie bekannt, in Anklagezustand versetzt worden; jetzt erhält einer nach dem andern die Mitteilung, daß das Verfahren eingestellt worden ist. — Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ berichtet aus Essen: Die Staatsanwaltschaft hat das Strafverfahren gegen eine ganze Reihe von Parteigenossen des Wahlkreises Essen einstellen lassen. Als letzter Sünder erhielt unser Parteisekretär Bühler die Nachricht.

Aus Nah und Fern.

Intermezzo auf der Kasernenmauer. Ein Liebesabenteuer hat ein Unteroffizier der Garde schwer büßen müssen. Der Unteroffizier Blümler von der 10. Komp. des 3. Garde-Regiments hatte sich vor dem Berliner Kriegsgericht der 1. Garde-Division wegen Widersetzung und Bedrohung gegen einen Vorgesetzten zu verantworten. Eines Abends traf er ein Mädchen auf der Straße, als bereits der Zapfenstreich vorüber war. Der Unteroffizier beschloß nun, gemeinsam mit dem Mädchen über die Kasernenmauer zu klettern. Als die beiden glücklich oben auf der Mauer angekommen waren, tauchte plötzlich im Dunkel ein Wachtposten, der Füsilier Z., auf und befahl den beiden, still zu stehen. Als er ihnen zum dritten Male „Halt“ zurief, antwortete der Unteroffizier: „Wenn du die Schnauze nicht hältst, dann schlag' ich dir die Knochen kaput.“ Der Wachtposten ließ sich dadurch auch wirklich einschüchtern, und ungehindert stieg der Unteroffizier mit dem Mädchen von der Mauer herab und verschwand mit ihm in der Kaserne. Der Vorfall sollte jedoch recht böse Folgen für ihn haben. Die Angelegenheit kam vor das Kriegsgericht, und da der Unteroffizier den als Wachtposten fungierenden Füsilier als Vorgesetzten zu betrachten hatte, so lautete die Anklage auf Widersetzung und Bedrohung eines Vorgesetzten. B. wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen schwerer Urkundenfälschung hatte sich vor dem Dresdener Landgericht der Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes Joseph Hoffmann zu verantworten. Der Angeklagte, der zuletzt ein Jahresgehalt von 2500 Mark bezog, hatte von den Einzelmitgliedschaften die Verbandsbeiträge einzuziehen und vierteljährlich an die Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart abzuführen. Bei einer im Oktober vorgenommenen Kassenrevision wurde ein Defizit von 330 Mk. entdeckt, das sich später auf 1348 79 Mk. erhöhte. Um das Defizit zu verschleiern, beeinflußte H. den Unterkassierer Stephan aus Neu-Bannewitz, ihm eine Quittung über den Bezug von Beitragsmarken in der angegebenen Höhe auszustellen und auch der Bezirksleitung gegenüber falsche Angaben zu machen. Ueber die Entstehung des Fehlbetrages wollte H. keine Auskunft geben können. Das Gericht erkannte unter Anrechnung von zwei Monaten auf die erlittene Untersuchungshaft auf 4 Monate Gefängnis.

Ein Sittenbild aus dem Highlife entrollte eine Verhandlung vor dem Dresdner Schöffengericht. Die Privatsekretärsehefrau Buhle, eine bereits 90jährige Greisin, hat auf der hiesigen Mathildenstraße eine hochelegante Wohnung inne, die seit Jahren einen Treffpunkt und ein ungestörtes Stelldichein für Liebespärchen bildete. Die ehrwürdige Matrone machte daraus ein schwunghaftes Geschäft, das ihr viele Tausende einbrachte, da sie ihren Salons doch nur Herren aus der „besseren“ Gesellschaft, ehemalige Offiziere, Barone, Kammerherren, Studenten und dergleichen, bei denen es auf ein paar Lappen mehr oder weniger nicht ankam. Die Frequenz des Liebestempels stieg zuweilen ganz besonders hoch, haben sich doch an manchen Tagen bis zu 16 Pärchen dort getroffen. Frau B. besuchte seit etwa 4 Jahren die größeren Geschäfte Dresdens lediglich zu dem Zwecke, junge hübsche Mädchen ausfindig zu machen. Hatte sie ein derartiges Mädchen entdeckt, von dem sie glaubte, daß es für sie ein geeignetes Geschäftsobjekt bilden könnte, so machte sie sich mit ihrem Opfer bekannt und lud es schließlich mit der unschuldigsten Miene zu einem Besuche für eine bestimmte Zeit ein. Zur festgesetzten Zeit fanden sich dann auch immer zahlreiche, einem Schäferstündchen nicht abgeneigte Kavaliere ein, für die der frühere herrschaftliche Diener Emil Mantel dank seiner vorzüglichen Verbindung mit „feinen“ Leuten sorgte. M. ist bereits 65 Jahre alt und wegen widernatürlicher Unzucht vorbestraft. Die Mädchen, meist Verkäuferinnen und Konfektionenen, die sich für solche Schäferstündchen hergeben, wurden von den Lebemännern für erwiesene Dienste in der Regel mit 20 Mk. — das war Taxe im Buhlschen Hause — abgefunden. Dann kamen andere unerfahrene Mädchen an die Reihe, denn die Kunden des Buhleschen Salons verlangten stets nach frischer Ware. Endlich Ende vorigen Jahres gelang es der Polizei, das Kupplernest, als sich gerade wieder verschiedene Pärchen bei gewissen Intimitäten befanden, auszuheben. Die Buhle und ihr Helfershelfer, Mantel, hatten sich jetzt vor dem Schöffengericht wegen schwerer Kuppelei zu verantworten. Die alte Kupplerin hatte vorgezogen, vor Gericht nicht zu erscheinen; nach einem ärztlichen Attest ist sie wegen Altersschwäche hierzu nicht imstande. Das Verfahren gegen sie wurde deshalb abgetrennt. Die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung M.s zu 6 Monaten Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. Als Zeugen waren vier junge Mädchen erschienen, denen ihr Leichtsinn eine polizeiliche Bestrafung wegen Gewerbsunzucht eingetragen hat. Auf die Ladung der Kavaliere hatte man leider verzichtet, so daß ihre Namen unbekannt blieben.

Eine geborstene Ordnungssäule. Vor der 2. Strafkammer des Leipziger Landgerichts wurde der Kanzleisekretär am Reichsgericht Hermann Ohorn wegen Urkundenfälschung zu einen Monat Gefängnis verurteilt.

Eine furchtbare Feuersbrunst wütete in Schepotkin bei Gomel. Fast das ganze Städtchen ist niedergebrannt. Das Elend ist sehr groß, mehrere Menschen sind in den Flammen umgekommen.

Das belgische Schulschiff „Graf de Smet de Nayer“, das am 15. April von Antwerpen nach Australien abgegangen war, ist untergegangen. Die Besatzung ist gerettet.

---

welche höchstwahrscheinlich noch bevorstände, überbrachten. Lord Marney war der Meinung, daß Egremont's Mannschaft in keiner Weise genügte und entschloß sich deshalb sofort, noch mit seiner eigenen Schwadron nach Mowbray zu reiten.

Als er das Moor von Mowbray überschritt, stieß er auf eine große Menschenmenge, an deren Spitze sich Walter Gerard zu Zwecken des Friedens gestellt hatte. Aufgeregt durch die Berichte, die er erhalten, und von Haus aus ein Feind aller Volksdemonstrationen, beschloß Seine Lordschaft ohne weitere Vorbereitungen oder Mitteilung, die Menge sofort anzugreifen.

Die Aufruhrakte wurde mit der Schnelligkeit verlesen, wie ein Tischgebet verlesen zu werden pflegt — außer denen in nächster Nähe hörte Niemand ein Wort. Ohne weiteres wurde dann auf die Leute geschossen und eingehauen.

Gerard, hierüber empört, leistete Widerstand; er schlug einen Reiter zu Boden und ermahnte die um ihn herum waren, nicht zu weichen. Der Vater Sybil's — der edle Freund und Vorkämpfer des Volkes — wurde aufs Korn genommen und niedergeschossen. Sofort erhob sich ein Schrei des Schmerzes und der Wut, der Lord Marney erzittern machte, obgleich er bewaffnet und an der Spitze von Bewaffneten war. Kaum hatte das Volk, vorher im allgemeinen eingeschüchtert und im Begriff, nach allen Richtungen zu entfliehen — kaum hatte es seinen geliebten Führer fallen sehen, so kam eine beispiellose Erbitterung über die Leute; sie boten den Truppen Trotz, obgleich sie selbst nur mit Steinen und Knüppeln bewaffnet waren; sie stürzten sich auf die Reiter und rissen sie von den Pferden herunter, und ein wahrer Steinregen prasselte gegen den Helm Lord Marneys. Umsonst suchte seine Mannschaft die Menge zurückzutreiben, — die Wütenden kehrten immer wieder zu ihrem Opfer zurück und ruhten nicht eher, als bis Lord Marney leblos auf dem Moore von Mowbray niedersank — buchstäblich zu Tode gesteinigt.

Diese unglücklichen Ereignisse trugen sich natürlich zu einer späteren Tageszeit zu, als der, wo ein halbes Dutzend Soldaten die Treppe zu dem runden Turm des Schlosses Mowbray hinaufstiegen. Der verstörte Hausverwalter Lord de Mowbrays hatte, sobald das Schloß in dem Besitz der Truppen war, diese gebeten, das Urkundenzimmer zu beschützen, denn Herr Bentley hatte Morley und dessen Gefährten in dieses wichtige Zimmer hinaufgehen sehen. Morley und seine Gefährten hatten oben auf der Treppe eine vorteilhafte Stellung eingenommen. „Ergebt Euch,“ rief der Befehlshaber der Miliz. „Widerstand ist nutzlos!“

Morley erhob seine Pistole, allein noch ehe er losdrücken konnte, schoß einer der hinteren Reiter, der eine Absicht erkannt hatte, und traf ihn in die Brust; taumelnd feuerte Stefan noch ab, jedoch ziellos und ohne Wirkung. Die Soldaten drängten voran; Morley halb ohnmächtig, wurde von seinen Freunden zurückgeschleppt, die sämtlich den Mut verloren hatten, mit Ausnahme Devilsdusts, der tapfer gekämpft und eine leichte Säbelwunde erhalten hatte. Die Miliztruppen betraten das Urkundenzimmer fast gleichzeitig mit ihren Feinden, Devilsdust zurücklassend, der zu Boden gefallen war und unter Flüchen auf die Kapitalisten, die ihn verwundet, es glücklich fertig brachte, seine Flucht zu bewerkstelligen. Morley sank nieder, als er das Zimmer erreicht hatte. Die Uebrigen ergaben sich.

„Morley, Stefan Morley!“ rief der Befehlshaber der Milizen. „Sie, Sie hier!“

„Ja, mit mir ist's aus,“ sprach Morley mit schwacher Stimme. „Nein, nein, keine Hilfe! Sie ist nutzlos und ich wünsche keine. Warum ich hier bin, ist ein Geheimnis, lassen Sie es auch ein Geheimnis bleiben. Die Welt wird mich falsch beurteilen, sie wird sagen, der Mann des Friedens war ein Heuchler. Die Welt wird Unrecht haben, wie sie immer Unrecht hat. — Der Tod ist bitter,“ fügte er mit einem tiefen Seufzer und nur mit großer Anstrengung sprechend hinzu, „bitterer noch, daß ich durch Sie sterben muß — aber gerecht. Wir haben schon früher zusammen gekämpft; ich hatte damals geglaubt, ich hätte Sie erwürgt, doch Sie entkamen. Unser beider Leben war ein gegenseitiger Kampf, seitdem wir uns zum ersten Male begegneten. Ihr Stern hat den meinen besiegt und nun fühle ich daß ich Leben und Ruhm — sterbende Menschen sind Propheten — für Ihr Glück und für Ihre Ehre geopfert habe. — Sybil!“ und mit ihrem seufzend gehauchten Namen auf den Lippen hörte der Apostel der moralischen Gewalt und der Gemeinschaft auf zu sein.

Inzwischen war Sybil, getrennt von ihren Freunden, die durch die Grotte geflohen waren, mit Harold als einzigem Schutz zurückgeblieben, denn selbst Warner hatte sie in dem Gedränge verloren. Sie schaute sich umsonst um nach einem Mowbray Gesicht, das sie kannte; nach vergeblichem Suchen ertönte aus der Ferne ein lautes Geschrei, von Musketenfeuer gefolgt, welches alle um sie her so erschreckte, daß die Leute in ihrer unmittelbaren Nähe wie durch Zauber sich zerstreuten. Sie blieb allein und verbarg sich in einer Ecke des Blumengartens, während fürchterliches Geschrei, Angst- und Wutgeschrei aus der Ferne herübertönte und der Pulverdampf bis zu ihrem Zufluchtsorte drang. Aus ihrem Versteck konnte sie die Menge nach allen Richtungen fliehen sehen und deshalb hielt sie es für besser, in ihrem augenblicklichen Zufluchtsort zu bleiben und die Ereignisse abzuwarten. Sie vermutete, daß Militär angekommen sein müsse, und daß, wenn sie ihren Platz nicht verlasse, die größte Gefahr vielleicht vorüber gehen würde. Aber während sie dieser Hoffnung sich hingab, lagerte sich eine dunkle Rauchwolke über den Garten.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt. — Verleger: Theodor Schmidt. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.